



Presseschau vom 21.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **RT-Exklusivinterview: Lawrow über Sonderoperation, Verschwörung der EU-Kommission und vieles mehr (Video)**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan ein Interview gegeben. Darin sprach er über die sich ändernden Ziele der russischen Spezialoperation in der Ukraine, die begrenzte Eignung der westlichen Leiter, Hungersnot und Afrika. ...

<https://kurz.rt.com/3349> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Spielt US-Kongresssprecherin Pelosi mit dem Feuer? Taiwan-Besuch im August nicht dementiert**

Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Kongresses, soll beabsichtigen, im August nach Taiwan zu reisen. In China sorgt diese Meldung für heftige Empörung und scharfe Warnungen. Seit einem Vierteljahrhundert hätte kein US-Politiker die Insel besucht, der ein derart hochrangiges Amt bekleide. ...

<https://kurz.rt.com/334a> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Putinverstehender durch Stockholm-Syndrom? Der Deutschlandfunk beklagt mangelnde NATO-Liebe im Osten**

Irgendwie zieht die Bevölkerung im Osten nicht so ganz mit, wenn vom bösen Russen die Rede ist, der die arme Ukraine überfällt, für deren Wohl wir jetzt alle untergehakt frieren sollen. Der "Deutschlandfunk" versucht sich an einer Erklärung. ...

<https://kurz.rt.com/333j> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **US-Verteidigungsministerium soll Meldesystem für UFO-Sichtungen erhalten**
Unerklärliche Himmelsphänomene beeindrucken nicht nur, sondern können nach Ansicht des US-Repräsentantenhauses auch ein Sicherheitsrisiko darstellen. Ein neues Meldesystem soll nun bei der Aufklärung der Phänomene helfen. Hinweisgeber erhalten Whistleblower-Status.

...

<https://kurz.rt.com/3329> bzw. [hier](#)

Wadim Truchatschow: **Polen sucht nach unterschiedlichen Wegen, die Ukraine zu unterjochen**

Die polnische Regierung strebt nach einer Einflusszone, für die die Ukraine unverzichtbarer Bestandteil ist. Davon zeugen unter anderem einige rechtliche Schritte. Aber welche Pläne könnte Polen augenblicklich verfolgen? Da sind mehrere Varianten möglich. ...

<https://kurz.rt.com/3341> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Wie entstand die pro-russische Stimmung der Ostdeutschen? Eine Spurensuche**

Fast 60 Prozent der Ostdeutschen sind der Meinung, dass Berlin in dem Konflikt mit der Ukraine Moskau besser nicht provozieren sollte. Das britische Magazin "The Spectator" und russische Deutschlandexperten haben über Gründe für die gegenüber Russland loyalen Stimmungen von Ostdeutschen nachgedacht. ...

<https://kurz.rt.com/335m> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Wie die Regierung die Öffentlichkeit mit Daten zu gemeldeten Impfnebenwirkungen täuscht

Das Bundesgesundheitsministerium räumt neuerdings das Auftreten schwerer Nebenwirkungen nach Corona-Impfungen ein. Doch seine nun präsentierten Zahlen und Schlussfolgerungen stimmen nicht. Zwar räumt es den Fehler an versteckter Stelle ein, korrigiert ihn aber nicht im Beitrag. ...

<https://kurz.rt.com/336f> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Zur völkerrechtlichen Bewertung des Ukraine-Krieges

Jetzt wegen der russischen Militäroperation das Völkerrecht heranzuziehen und dessen Verletzung anzuprangern, aber die acht Jahre davor zu übergehen, führt nicht zu einer Perspektive, die zu einer Lösung des Konflikts beitragen könnte. Diese kann es nur geben, wenn auch die Rechte der Menschen im Donbass respektiert werden. ...

<https://kurz.rt.com/3375> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:37 de.rt.com: Energiekonzern Uniper: Vervierfachung der Kredite auf acht Milliarden und Beteiligung des Staates

In der Gaskrise hat der Energiekonzern Uniper um weitere Staatshilfen gebeten, nachdem die bestehende Kreditlinie von zwei Milliarden Euro am Montag erreicht war. Nun werden die Kredite vervierfacht und der Einstieg des Bundes diskutiert – gut für die Aktie des Konzerns. Deutschlands größter Importeur von russischem Erdgas, Uniper, erhält weitere Staatshilfen. Die bestehenden Kredite der staatlichen KfW-Bank zur Rettung des angeschlagenen Energiekonzerns müssen von zwei auf acht Milliarden Euro aufgestockt werden, wie aus einem Papier des Bundestagsausschusses für Klimaschutz und Energie hervorgeht, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Dies sei nötig, um kurzfristig die Liquidität für Ersatzbeschaffungen von Gas zu gewährleisten und sogenannte Margining-Positionen abzusichern. Margins sind Rücklagen, die Versorger bei Geschäften an den Energiebörsen hinterlegen müssen.

Uniper hatte am Montag bekannt gegeben, dass das bisher bereitgestellte Kreditvolumen von zwei Milliarden Euro ausgeschöpft sei und deshalb einen Antrag auf Erhöhung der Kreditlinie gestellt. Außerdem sei laut dem Papier ein Einstieg des Bundes mit bis zu 30 Prozent geplant. Dies soll durch eine Kombination aus Kapitalerhöhung und weiterem hybriden Eigenkapital erreicht werden. Ziel ist die Deckung der aufgelaufenen Verluste bei dem Düsseldorfer Konzern. Ein Uniper-Sprecher wollte das Papier auf Nachfrage nicht kommentieren. Zuvor hatte das Handelsblatt mit Verweis auf das Papier berichtet.

Der FDP-Energiepolitiker Michael Kruse sagte der Deutschen Presse-Agentur am Mittwoch: "Für einen möglichen Einstieg des Staates bei Gasversorgern muss sichergestellt sein, dass nicht ausschließlich Verluste beim Steuerzahler hängen bleiben."

Uniper hatte am 8. Juli Stabilisierungsmaßnahmen beantragt. Das Maßnahmenpaket, das Uniper der Bundesregierung vorgeschlagen hat, enthält unter anderem Eigenkapital-Komponenten, durch die sich der Bund an dem Konzern beteiligen könnte. Zudem sieht der Vorschlag eine Aufstockung der KfW-Kreditlinie vor. Die Beratungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Berichten zufolge muss bis zum 25. Juli eine Einigung erzielt werden, weil danach noch größere Liquiditätsengpässe drohen.

Der Konzern ist in Liquiditätsschwierigkeiten geraten, weil er zur Kompensation der ausbleibenden russischen Gaslieferungen am Markt Gas von anderen Anbietern zu höheren Preisen einkaufen musste, um die Vertragspflichten gegenüber seinen Kunden erfüllen zu können. Diese Mehrkosten sollen laut dem Papier gestoppt werden. Hierfür ist eine Preisweitergabe gemäß dem Energiesicherungsgesetz vorgesehen. Unklar ist allerdings noch,

ob Uniper die Mehrkosten an seine Kunden weiterreichen darf oder ob der Konzern über ein Umlagesystem, in das Steuermittel fließen, mehr Geld bekommt und seine knappen Kassen damit füllen kann. Uniper beliefert unter anderem zahlreiche Stadtwerke mit Erdgas, wie die tagesschau berichtet. Somit werden wohl schon bald die höheren Gaspreise bei den Endverbrauchern ankommen.

Unipers Mutterkonzern Fortum schwebt hingegen eine Umstrukturierung seines Tochterunternehmens vor – mit dem Ziel, eine bundeseigene Versorgungssicherheitsgesellschaft zu gründen. Der Konzern hält 78 Prozent an Uniper und gehört selbst zu mehr als 50 Prozent dem finnischen Staat. Finnland hatte in den vergangenen Tagen immer wieder betont, dass das Land weitere Kapitalzuschüsse für Uniper durch Fortum ablehnt.

Der deutsche Aktienmarkt rutschte am Mittwochnachmittag in die Verlustzone, doch standen die Aktien von Uniper dank der Aussicht auf baldige Staatshilfen mit einem Kursplus von fast 14 Prozent an der MDax-Spitze. Bereits am Vortag war der Kurs – angetrieben von der Aussicht auf weitere Gaslieferungen aus Russland – um gut zehn Prozent gestiegen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d82d7748fbef7bc970ed68.jpg>

19:40 de.rt.com: **LVR-Botschafter berichtet von Zwangsrekrutierungen in Slawjansk**

Der Botschafter der Lugansker Volksrepublik, Rodion Miroshnik, hat von Zwangsrekrutierungen durch ukrainische Nationalisten in der Stadt Slawjansk berichtet. Angehörige des neonazistischen Bataillons "Ajdar" würden Razzien veranstalten und dabei allen Männern Einberufungsbescheide aushändigen. Miroshnik schrieb auf Telegram: "Sie ziehen von Haus zu Haus und brechen in Wohnungen und Büros ein. Allen gefundenen Männern, die bedingt einsatzfähig sind, geben sie Einberufungsbescheide und fordern sie auf, sich bei der Musterungsbehörde zu melden."

Der Botschafter fügte hinzu, dass an den Standausfahrten und zwischen einzelnen Bezirken Checkpoints eingerichtet seien, die ebenfalls Flüchtende einfangen und zwangsrekrutieren.

20:05 de.rt.com: **Litauen übergibt gepanzerte Mannschaftstransportwagen an Ukraine**

Litauen wird im Rahmen seiner Militärhilfe für die Ukraine gepanzerte Mannschaftstransportwagen vom Typ M113 und M577 an Kiew liefern. Dies teilte das Verteidigungsministerium der baltischen Republik am Dienstag mit. Laut Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas soll die ukrainische Armee dadurch erheblich gestärkt werden.

Die genaue Anzahl der bereitgestellten Kampffahrzeuge wurde zunächst nicht genannt. Noch im Mai hatte Vilnius mitgeteilt, im Rahmen der militärischen Planung 20 gepanzerte M113-Transportpanzer, zehn Armeelastwagen sowie zehn Geländewagen an Kiew zu übergeben. Anušauskas kündigte außerdem an, das ukrainische Militär, darunter Militärpolizisten und Pioniere, auszubilden. Weiter gab er bekannt, dass Litauen zehn Ausbilder zu ähnlichen Kursen nach Großbritannien entsenden werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d8435cb480cc375e541af6.jpg>

Mannschaftstransportwagen vom Typ M113 der Bundeswehr während einer Militärübung auf dem Truppenübungsplatz Munster

20:09 de.rt.com: **Washington: Moskau plant Annexion ukrainischen Territoriums mittels "Scheinreferenden"**

Laut John Kirby, dem Koordinator für strategische Kommunikation im Nationalen Sicherheitsrat der USA, plant Moskau eine "Annexion ukrainischer Gebiete". Moskau betont, dass dies den befreiten Gebieten Frieden bringen wird. Kirby hingegen spricht von "Scheinreferenden".

Russland bereite sich darauf vor, ukrainische Gebiete zu annektieren, indem es "Scheinreferenden" auf den derzeit von russischen Truppen kontrollierten Territorien organisiere. Dies hat der US-Koordinator für strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrats John Kirby erklärt und darauf hingewiesen, dass sich Russland vor acht Jahren auf diese Art die Krim angeeignet habe:

"Wir haben Informationen, auch Geheimdienstinformationen, die wir mit Ihnen teilen können, darüber, wie Russland den Boden bereitet, um ukrainisches Territorium zu annektieren, das es unter direkter Verletzung der Souveränität der Ukraine kontrolliert."

Kirby erklärte, dass Moskau in den besetzten Gebieten "Scheinreferenden" veranstalten und dabei ein "Annexionsmanöver, das dem von 2014 sehr ähnlich ist", in Gang setzen wolle. Im Jahr 2014 stimmte die Bevölkerung der Krim dafür, aus der Ukraine auszutreten und sich mit Russland wiederzuvereinigen. Kirby versprach "zusätzliche Sanktionen, falls Russland ukrainische Gebiete annektieren" sollte.

Die russische Botschaft in Washington veröffentlichte anschließend eine Erklärung in den sozialen Medien, in der es heißt, dass "die Behauptungen über den aggressiven Charakter der Spezialoperation des russischen Militärs grundlegend falsch sind":

"Wir bringen den Frieden in die befreiten Gebiete zurück, schaffen Bedingungen für ein normales Leben und Respekt vor den gleichen Rechten der Bürger, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit und Sprache."

Zudem unterstrich die russische Botschaft, dass "die Leitung der Russischen Föderation wiederholt erklärt hat, dass die Bevölkerungen der befreiten Gebiete über ihre Zukunft selbständig und unabhängig entscheiden werden."

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, merkte an, dass die USA zusätzliche Sanktionen auch ohne den Beitritt der ukrainischen Gebiete zu Russland verhängt hätten und weiter verhängen würden. Die Androhung weiterer restriktiver Maßnahmen werde keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung Russlands haben, so Sacharowa auf Telegram:

"Im Gegenteil, dies hat die Entschlossenheit gestärkt, im Einklang mit dem gewählten Weg zu handeln."

Ende Februar hatte Russland die Militärkampagne in der Ukraine gestartet. Die USA und ihre Verbündeten im Rahmen der NATO verhängten daraufhin weitreichende Sanktionen gegen Moskau und lieferten Kiew schwere Waffen.

Die russischen Streitkräfte kämpften an der Seite der Streitkräfte der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und übernahmen bereits die Kontrolle über das südliche Gebiet Cherson und den Großteil des Gebiets Saporoschje in der Ukraine. Auch einige Bezirke im ukrainischen Gebiet Charkow, die an die LVR grenzen, wurden eingenommen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d7d6a7b480cc696f66d214.jpg>

Feuerwerk in Simferopol anlässlich des Jahrestages der Wiedervereinigung der Krim mit Russland

20:30 de.rt.com: **Selenskijs Frau bittet USA um mehr Waffen**

Die ukrainische Präsidentengattin Jelena Selenskaja hat die USA bei einer Rede im Kapitol in Washington eindringlich um mehr Waffen und speziell um Luftabwehrsysteme gebeten. Sie sagte:

"Ich bitte um etwas, um das ich niemals bitten würde. Ich bitte um Waffen. Waffen, die nicht dazu benutzt werden, einen Krieg in einem fremden Land zu führen, sondern um das eigene Zuhause und das Recht zu schützen, in diesem Zuhause lebendig aufzuwachen. Ich bitte um Luftabwehrsysteme, damit Raketen nicht Kinder in ihren Kinderwagen töten, damit sie nicht Kinderzimmer zerstören und ganze Familien töten."

Mit Blick auf die bevorstehenden Sommerferien des Kongresses forderte Selenskaja die US-Gesetzgeber auf, die Waffenlieferungen nicht zu verzögern. Die USA hatten zuvor zugesagt, der Ukraine modernste Mittelstrecken-Luftabwehrsysteme des Typs NASAMS zu liefern.

Selenskaja behauptete, sie sei die erste Ehefrau eines ausländischen Staatsoberhauptes, die zu einer Rede vor dem US-Kongress eingeladen worden sei. Im Rahmen ihres US-Besuchs war sie in den vergangenen Tagen bereits zu persönlichen Gesprächen mit der amerikanischen First Lady, Jill Biden, sowie dem US-Außenminister Antony Blinken zusammengekommen. Im Weißen Haus wurde sie zudem von US-Präsident Joe Biden und seiner Ehegattin empfangen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d8376348fbef799534315b.jpg>

Die Frau des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, Jelena, bei ihrer Rede vor den Kongressabgeordneten im US-Kapitol in Washington, D.C., 20. Juli 2022

20:55 de.rt.com: **Über 200 Bewohner der Siedlung Kasatschja Lopan nach ukrainischem Beschuss evakuiert**

Über 200 Bewohner der Ortschaft Kasatschja Lopan im Gebiet Charkow wurden wegen ukrainischer Artillerieangriffe aus der Siedlung evakuiert. Dies meldete der Pressedienst der regionalen Verwaltung auf seinem Telegramkanal.

Am Dienstag hatte das ukrainische Militär Kasatschja Lopan beschossen und dabei mehrere Wohnhäuser beschädigt sowie ein Lager mit humanitären Hilfsgütern zerstört. Nach dem Angriff wurde die Entscheidung über die Evakuierung der Einheimischen ins benachbarte Gebiet Belgorod gefällt.

Nach Angaben der Behörde werden die Evakuierten vorübergehend in einem Lager des russischen Katastrophenschutzministeriums untergebracht und danach über das Gebiet Belgorod verteilt. Menschen, die Verwandte in Russland haben, werden bei diesen untergebracht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d8412ab480cc353f6a207f.jpg>

Ein russischer Soldat hilft einem älteren Bewohner von Kasatschja Lopan bei der Evakuierung, Aufnahme vom 19. Juli.

21:30 de.rt.com: **USA werden der Ukraine keine HIMARS-Raketen von über 80 Kilometern Reichweite liefern**

Während einer Pressekonferenz hat der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin eine Lieferung von vier weiteren HIMARS-Mehrfachraketenwerfern zusätzlich zu den bereits zwölf zugestellten an die Ukraine zugesagt. Gleichzeitig gab er zu verstehen, dass Washington nicht plane, für die Raketenwerfer Munition mit mehr als 80 Kilometern Reichweite zu liefern. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Vereinigten Staaten der Ukraine Raketen mit größerer Reichweite liefern werden, antwortete Austin:

"Die Reichweite von [gelieferten] HIMARS-Raketen beträgt 80 Kilometer. Das ist eine ziemlich gute Reichweite."

Laut Austin verleihen die bereits gelieferten Waffensysteme der Ukraine ein großes Potential. Weitere Waffenlieferungen würden davon abhängen, wie Kiews Einheiten kämpfen und was diese weiter benötigen werden, so der US-Verteidigungsminister.

22:00 de.rt.com: **Internationale Gläubiger unterstützen Schuldenmoratorium für die Ukraine**

Deutschland und andere Gläubiger wollen der Ukraine angesichts des Ukraine-Kriegs einen Aufschub bei der Rückzahlung von Schulden geben und das Land dadurch finanziell stützen. Wie das Bundesfinanzministerium am Mittwoch in Berlin mitteilte, unterstützt Deutschland ein Schuldenmoratorium für die Ukraine. Dieses gelte für bilaterale Schulden im Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. Dezember 2023. Eine vorgesehene international koordinierte Schuldendienstausssetzung soll der Ukraine zusätzlichen finanziellen Liquiditätsspielraum geben.

Die sogenannte bilaterale Gläubigergruppe besteht nach Ministeriumsangaben aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada und den USA. Die Länder forderten andere Gläubiger auf, der Ukraine ebenfalls entgegenzukommen. Man werde weiter eng mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zusammenarbeiten.

Nach Berechnungen von Bloomberg werden für die Ukraine zum 1. September Auslandsschulden in Höhe von rund 1,4 Milliarden US-Dollar einschließlich Zinsen fällig. Laut der Nachrichtenagentur stellte Kiew am Mittwoch einen formellen Antrag auf Umstrukturierung seiner Staatsschulden, die sich auf insgesamt 22,8 Milliarden US-Dollar belaufen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d8509bb480cc375e541b04.jpg>
g

22:25 de.rt.com: **Knapp 11.000 explosive Gegenstände im Donbass entschärft**

Am gestrigen Tag entschärften die russischen Minenräumeinheiten 10.910 explosive Gegenstände auf dem Gebiet der Donezker und Lugansker Volksrepubliken. Dies meldete das Oberhaupt des Nationalen Zentrums für Verteidigungsverwaltung, Michail Misinzew.

Während seiner Pressekonferenz erläuterte er:

"Insgesamt wurde ein Gebiet von 4.386,96 Hektar überprüft. Am Vortag waren es 195,48 Hektar sowie 41 Gebäude, davon 13 sozial relevante Objekte, vier Brücken und 9,64 Kilometer Straße. Gefunden und entschärft wurden insgesamt 83.080 explosive Gegenstände, davon 10.090 am Vortag."

22:55 de.rt.com: **Gefangener ukrainischer Panzerkommandant klagt über Mängel in Ausbildung und Ausrüstung**

In einem Interview mit dem russischen Kriegsberichterstatter Aleksandr Sladkow hat ein gefangener ukrainischer Panzerkommandant auf unzureichende Ausbildung und Mangel an Ausrüstung in seiner Einheit hingewiesen. Der ukrainische Offizier gab an, dass fast die gesamte Brigade aus Eingezogenen und Reservisten bestehe und kaum praktische Ausbildung erhalten habe:

"Ich habe in den letzten zehn Jahren wohl weniger Papier beschrieben als in den letzten Monaten. Es gab sehr wenig praktische Übungen."

Die meisten Panzersoldaten befänden sich "fast im Rentenalter", das Durchschnittsalter betrage 45 bis 50 Jahre. Der Kampfgeist sei niedrig, außerdem fehle es an Reparaturfahrzeugen und Sanitätswagen. Die Soldaten versuchten, Fronteinsätze zu vermeiden und hofften auf ein baldiges Ende des Krieges, fügte der Offizier hinzu.

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Hört auf zu jammern – NATO-Chef sieht hohen Preis für Unterstützung der Ukraine als richtig an**

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Berichten zufolge ein gesetzgebendes Gremium der Europäischen Union aufgefordert, "mit dem Jammern aufzuhören" und Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine im laufenden Krieg mit Russland zu ertragen - ungeachtet des hohen Preises.

Laut einem Bericht der Kyiv Post und Newsweek sagte Stoltenberg in einer Rede vor dem Europäischen Parlament, dass alle EU-Mitgliedstaaten die Ukraine – die weder NATO- noch EU-Mitglied ist – unterstützen sollten, der Preis dafür sei angemessen. Der NATO-Chef führte aus:

"Der Preis, den wir als Europäische Union, als NATO, zahlen, ist der Preis, den wir in Währung, in Geld messen können. Der Preis, den [die Ukrainer] zahlen, wird in Leben gemessen, die jeden Tag verloren gehen."

Stoltenberg, der seit 2014 NATO-Generalsekretär ist, betonte moralische Gründe und dabei seine persönlichen moralischen Überzeugungen, die es geböten, dem europäischen Land beizustehen.

"Wir sollten aufhören, uns zu beschweren, und aktiv werden und Unterstützung leisten, ganz einfach."

Wem die moralischen Argumente nicht ausreichten, solle die Interessen bedenken, so Stoltenberg:

"Es ist in unserem Interesse, der Ukraine zu helfen, denn Sie müssen verstehen, dass, wenn die Ukraine das verliert, das eine Gefahr für uns ist."

Stoltenberg zählte eine Reihe von Konflikten auf, unter anderem mit Georgien 2008, an denen sich seiner Ansicht nach zeige, dass Russland bereit sei, militärische Gewalt einzusetzen.

"Wenn Sie der moralische Aspekt, die Menschen in der Ukraine zu unterstützen, nicht kümmert, sollten Sie sich um Ihre eigenen Sicherheitsinteressen kümmern."

Während die Inflation in Rekordhöhe schießt und Europa angesichts einer verheerenden Energiekrise vor dem Winter bangt, haben mehrere europäische Regierungen Bedenken angebracht. Laut Stoltenberg seien diese jedoch zu ignorieren:

"Zahlen Sie für die Unterstützung, für die humanitäre Hilfe, für die Folgen der Wirtschaftssanktionen, denn die Alternative ist, später einen viel höheren Preis zu zahlen."

Seit dem 24. Februar hat die EU sechs Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet, wobei das letzte ein Verbot von 90 Prozent der russischen Rohölimporte vorsieht. Im Mai schlug die EU vor, der Ukraine ein Darlehen in Höhe von 9 Milliarden Euro als Finanzhilfe anzubieten. Laut der italienischen Zeitung Corriere della Sera sollen "verschiedene Protagonisten sowohl in Kiew als auch in Brüssel bestätigt" haben, dass die Bundesregierung das Paket seit mehr als einem Monat blockiere.

Am Mittwoch meldete Ria Novosti, dass die EU das 7. Sanktionspaket gebilligt hat, das unter anderem ein Verbot von Gold aus Russland vorsieht. Die Gläubigerländer der Ukraine haben demnach zugestimmt, dem Land einen Zahlungsaufschub bis Ende 2023 zu gewähren. Nach Angaben von Reuters belaufen sich die Zahlungen auf 1,2 Milliarden US-Dollar.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d8024148fbef73825474d7.jpg>

6:45 de.rt.com: **Energie-Krise: Fast jeder zweite Deutsche will demonstrieren – Innenministerium ist "vorbereitet"**

Einer Umfrage zufolge will fast jeder zweite Bürger der Bundesrepublik wegen steigender Energiepreise auf die Straße gehen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser kündigte bereits an, man sei "vorbereitet".

Fast jeder zweite Bürger in Deutschland will wegen der hohen Energiepreise auf die Straße gehen, falls es zu Demonstrationen kommt. 44 Prozent aller Befragten sagten laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA, sie würden "sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilnehmen".

Vor allem Wähler der AfD (72 Prozent), der Linken (60 Prozent) und der FDP (50 Prozent) wollen an Demonstrationen teilnehmen und halten Protest für notwendig. 50 Prozent aller Befragten lehnten allerdings eine Teilnahme an Demonstrationen ab. Begründungen wurden in der Umfrage nicht genannt. Zuvor hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor Protesten gewarnt und diese schon einmal prophylaktisch im rechten Lager verortet:

Gegenüber dem Handelsblatt stellte sie eine Verbindung zwischen kommenden Protesten, Corona-Demonstrationen und Rechtsextremen her, und sagte:

"Natürlich besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Corona-Zeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen."

Faeser kündigte weiterhin an:

"Wir sind vorbereitet, auch auf mögliche neue Protestgeschehen."

Ein Sprecher Faesers erklärte zudem gegenüber der taz:

"Je nach Entwicklung der Energieversorgungssituation und der sozialen Folgen der Kostensteigerungen ist eine Entwicklung zu einer mit den Corona-Protesten vergleichbaren Größenordnung möglich."

Auch Stephan Kramer, Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, warnte vor den Auswirkungen der aktuellen Krisen auf die innere Sicherheit. Infolge eines Gasnotstandes könne auch die Industrie zusammenbrechen und dadurch die Arbeitslosigkeit dramatisch ansteigen. Die Folgen wären "vernichtete Existenzen", so Kramer gegenüber der taz. Die Konsequenzen, wenn es dann noch zu großflächigen Stromausfällen komme, "muss ich wohl nicht ausformulieren".

Kramer ist der Ansicht, dass man nach "den katastrophalen Erfahrungen bei der Krisenbewältigung" nach der Flutkatastrophe im Ahrtal vor einem Jahr erwarten könne, dass "das öffentliche Leben in weiten Teilen zusammenbricht":

"Es wird spannend, wie dann die Versorgung sichergestellt und vor allem die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden soll."

Außerdem könnte es noch zu neuen Corona-Maßnahmen und Migrationsbewegungen kommen. In einigen Ländern hat die Protestwelle bereits begonnen: Zuletzt kam es in Frankreich zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten aus dem Gelbwesten-Umfeld. Die Demonstrationen richteten sich gegen die steigenden Preise für Lebensmittel, Benzin und Energie. Gefordert wurden aber auch Entschädigungsfonds für die Opfer staatlicher Gewalt sowie Amnestie für "zu Unrecht verurteilte Gelbwesten".

In den Niederlanden protestieren Bauern seit Wochen gegen die Regierung. Im Kern richten sich die Proteste gegen eine Gerichtsentscheidung, nach der der Stickstoffanteil der Böden in den Niederlanden zu hoch ist, was gegen EU-Verordnungen verstoße. Laut Schätzungen könnten durch die von der Regierung verordneten Maßnahmen rund 30 Prozent der niederländischen Bauern ihre Existenzgrundlage verlieren. Bei den Protesten kommt es immer wieder zu gewaltvollen Zusammenstößen mit der Polizei. Zu besonders heftiger Kritik an den Beamten kam es, nachdem Polizisten ohne erkennbaren Grund auf einen 16-Jährigen geschossen hatten.

Wie das Nachrichtenportal EuroWeekly [berichtet](#), schlossen sich auch Bauern in Spanien, Italien und Polen den Protesten an. Durch die Streiks in den Niederlanden werden in vielen spanischen Supermärkten die Lebensmittel knapp. In Italien blockierten Bauern kürzlich den Verkehr in Mailand mit einem Traktoren-Konvoi, aber auch in Rom und anderen italienischen Städten kam es zu Protesten. Viele Landwirte in Italien sind in Existenznöten. Grund dafür ist auch eine schwere Dürre, die bisher ein Drittel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gefährdet. Den Bauern zufolge beträgt der Verlust aufgrund der Krise rund drei Milliarden Euro.

Auch die Linke bereitet sich laut dpa auf einen "heißen Herbst der Proteste" vor. Die Bundesvorsitzende der Partei Janine Wissler [erklärte](#) vor einer Woche, es sei notwendig, "jetzt gesellschaftlich Druck zu machen, um eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen hinzubekommen und dafür zu sorgen, dass diese Krise nicht auf der Mehrheit der Menschen, auf deren Kosten abgewälzt wird". Bisher legte die Partei allerdings lediglich einen Forderungskatalog gegen die Energiekrise vor, der unter anderem ein generelles Tempolimit, ein Verbot von Inlandsflügen und ein Verbot von Öl- und Gasheizungen enthält. Weiterhin sollen öffentliche Verkehrsmittel gefordert sowie ein nationaler Industrieplan mit Vorgaben für das Energiesparen in Unternehmen erstellt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d81e9b48fbef73652e24a2.jpg>
Demonstration der Gelbwesten-Bewegung, Paris (30.03.2019)

7:21 de.rt.com: **Gaslieferung durch Pipeline Nord Stream 1 läuft wieder an**

Entgegen manchen Befürchtungen fließt nach dem Abschluss routinemäßiger Wartungsarbeiten wieder Gas durch die Pipeline Nord Stream 1. Wie viel, das wird sich noch zeigen müssen. Angekündigt waren so viel Gas wie vor der Wartung – also rund 67 Millionen Kubikmeter pro Tag.

Nach der Wartung von Nord Stream 1 ist am Donnerstagmorgen die Gaslieferung durch die deutsch-russische Gaspipeline wieder angelaufen. Es fließe wieder Gas, sagte ein Sprecher der Nord Stream AG gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Bis die volle Transportleistung erreicht sei, werde es einige Zeit dauern.

Der Sprecher sagte, dass zuletzt in etwa so viel Gas wie vor der Wartung angekündigt war, also rund 67 Millionen Kubikmeter pro Tag. Das entspreche etwa einer 40-prozentigen Auslastung der maximalen Kapazität. Die angemeldeten Mengen können sich mit einem gewissen Vorlauf aber auch noch im Laufe eines Tages ändern.

Das war laut dem Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, schon am Mittwoch der Fall, als andere Netzbetreiber Zahlen veröffentlicht hatten. Müller schrieb am Abend auf Twitter, das russische Staatsunternehmen Gazprom habe renominiert und die zuvor für Donnerstag angemeldete Menge gesenkt, auf eine etwa 30-prozentige Auslastung. Zuvor war nach seinen Worten mehr in Aussicht gestellt worden.

Es war auch befürchtet worden, Moskau könne nach der zehntägigen Wartung den Gashahn komplett zulassen und so die Energiekrise weiter verschärfen. Nach der militärischen Eskalation in der Ukraine hatte der Westen Sanktionen gegen Russland verhängt. Russland hatte wiederum Gaslieferungen in europäische Länder ganz oder teilweise eingestellt.

Die Liefermenge in den kommenden Monaten dürfte große Auswirkungen etwa auf die deutsche Wirtschaft, aber auch auf Privatkunden haben, da sie sich wahrscheinlich auf Gaspreise niederschlägt. Sie dürfte auch ausschlaggebend dafür sein, wie weit Deutschland seine Gasspeicher noch vor der kalten Jahreszeit auffüllen kann und ob es zu einer Mangellage kommt. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte in der Nacht zu Mittwoch vor einer Drosselung Ende Juli gewarnt und technische Gründe angeführt. Die Bundesregierung hält diese für vorgeschoben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d8e22cb480cc1078306ecf.jpg>
 Rohrsysteme in der Industrieanlage der Ostseepipeline Nord Stream 1 bei Lubmin,
 20.07.2022

7:30 de.rt.com: **Wirtschaftsbündnis Mercosur verweigert Selenskij Auftritt auf Gipfel**

Das südamerikanische Wirtschaftsbündnis Mercosur hat es abgelehnt, auf seinem Gipfel in Paraguay den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij eine Gastrede halten zu lassen. Es habe keinen Konsens unter den Mitgliedstaaten gegeben, sagte Paraguays Vize-Außenminister Raúl Cano auf einer Pressekonferenz, wie die paraguayische Nachrichtenagentur IP am Mittwoch (Ortszeit) berichtete. Cano erklärte:

"Unter diesen Umständen gibt es keine Voraussetzungen, als Mercosur mit dem Präsidenten der Ukraine sprechen zu können."

Der paraguayische Außenminister Julio César Arriola habe dies dem ukrainischen Botschafter mitgeteilt.

Cano betonte, die Mercosur-Mitgliedsländer Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay trafen ihre Entscheidungen einstimmig. Selenskij hatte Paraguays Staatschef Mario Abdo zuvor gebeten, während des Gipfels eine Botschaft an die Präsidenten der Mitgliedstaaten richten zu dürfen, wie es in einer Mitteilung des paraguayischen Außenministeriums hieß.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d8e8bf48fbef73b56c0d99.jpg>
 Wladimir Selenskij bei einer Pressekonferenz in Kiew

7:47 de.rt.com: **Wladimir Putin: "Eine neue Etappe der Weltgeschichte steht bevor"**

Das Modell der goldenen Milliarde, bei dem nur die Bevölkerung der entwickelten Länder im Vorteil ist, sei unfair. Dies hat der russische Staatschef Wladimir Putin verkündet. Dieses Prinzip sei im Grunde genommen rassistisch und werde bald sein Ende finden. Eine neue Ära stehe bevor.

Die sogenannte "goldene Milliarde" (entwickelte Länder) habe ihren Platz in der Welt vor allem dadurch erreicht, dass sie sich auf Kosten anderer Nationen bereichert hätte. Dies

erklärte der Präsident Russlands beim Forum "Starke Ideen für eine neue Zeit" und brachte zum Ausdruck, dass er dieses Modell der "totalen Vorherrschaft" für ungerecht halte: "Ja, natürlich, die 'goldene Milliarde' ist nicht zufällig golden geworden, sie hat viel erreicht. Aber sie hat ihren Platz nicht nur dank einiger umgesetzter Ideen eingenommen. Sie verdankt ihre Position zu einem großen Teil der Ausplünderung anderer Nationen in Asien und Afrika. So war es."

Wladimir Putin sei auch nicht damit einverstanden, dass die "goldene Milliarde" von der gesamten Weltbevölkerung über alle herrschen dürfe und ihre eigenen Verhaltensregeln durchsetze, die auf der "Illusion der Einzigkeit" beruhen. Diese Nationen teilen die Wahrheit in eine erste und eine zweite Klasse, was auf Rassismus und Neokolonialismus hindeute, so der russische Staatschef weiter:

"Die globalistische, angeblich liberale Ideologie nimmt in ihrem Kern immer mehr Züge des Totalitarismus an und erstickt die Kreativität."

Deswegen habe man den Eindruck, dass der Westen der Welt einfach nicht sein Zukunftsmodell anbieten könne, fügte der Präsident hinzu. Putin zufolge "haben die Eliten dieser 'goldenen Milliarde' heutzutage panische Angst davor, dass andere Zentren der Weltentwicklung ihre Entwicklungsoptionen präsentieren könnten". Jedoch sei das russische Staatsoberhaupt überzeugt, dass die heutige Weltordnung bald zum Ende komme:

"Wie sehr die westlichen und sogenannten supranationalen Eliten auch versuchen mögen, die bestehende Ordnung der Dinge zu bewahren - eine neue Ära, eine neue Etappe der Weltgeschichte steht bevor. Nur wirklich souveräne Staaten können eine hohe Wachstumsdynamik gewährleisten."

Das Forum "Starke Ideen für eine neue Zeit" zielt darauf ab, Ideen umzusetzen, die einen sinnvollen Beitrag zu den nationalen Entwicklungszielen Russlands bis 2030 leisten können. Das erste Forum, das von der Stiftung Roscongress und der Agentur für strategische Initiativen organisiert wurde, fand im November 2020 statt.

Die "goldene Milliarde" ist eine Metapher, die im postsowjetischen Raum verwendet wird, um die Bevölkerung der reichsten und am weitesten entwickelten Länder zu bezeichnen und das Ungleichgewicht in Bezug auf Lebensstandard und Konsum zwischen ihnen und den Entwicklungsländern widerzuspiegeln.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456255472&hash=7b7ba9eef70a915e" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456255472

Wladimir Putin beim Forum "Starke Ideen für eine neue Zeit" am 20. Juli

8:00 de.rt.com: **Kremlsprecher: Russland hat die Tür zu Gesprächen mit Kiew nicht geschlossen**

Die Möglichkeiten für einen Dialog zwischen Moskau und Kiew seien vorhanden und weder der russische Präsident Wladimir Putin noch der russische Außenminister Sergei Lawrow hätten diese jemals versperrt. Dies erklärte der Kremlsprecher Dmitri Peskow gegenüber RIA Nowosti. Er sagte:

"Weder der Präsident noch der Minister haben jemals davon gesprochen, die Tür für Verhandlungen zu schließen."

Zuvor hatte Lawrow in einem Interview mit der RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan erklärt, dass Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine in der derzeitigen Situation keinen Sinn hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d8efbdb480cc111528756b.jpg>

8:30 de.rt.com: **Ukrainisches Verteidigungsministerium: Kiew und der Westen halten sich zu Militärhilfen bedeckt**

Die Ukraine und die westlichen Länder haben vereinbart, die genauen Daten über derzeitige und künftige militärische Hilfslieferungen für Kiew nicht offen zu legen. Dies schrieb der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow am Mittwoch nach einem Treffen im sogenannten Ramstein-Format auf Facebook:

"Gemäß einer Vereinbarung mit unseren Kollegen halten wir die Intrige über den Löwenanteil der aktuellen und neuen Hilfspakete, die die Lieferung von Waffen, Munition, die Ausbildung unserer Soldaten und vieles mehr umfassen, aufrecht. Der Feind wird sie zuerst auf dem Schlachtfeld zu spüren bekommen. Ein positives Signal des Treffens sind neue Verpflichtungen der Partner. Sie betreffen die Lage an Land, zur See und im Luftraum."

Zuvor hatte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Alexei Danilow angekündigt, dass Kiew schon bald Munition mit größerer Reichweite für die Mehrfachraketenwerfersysteme HIMARS und MLRS erhalten werde.

Es geht allem Anschein nach um die ballistischen Gefechtsfeldraketen der Serie ATACMS, deren Startcontainer statt der sechsfachen Raketengeschoss-Werferpakete auf die Plattformen HIMARS (ein Stück) oder MLRS (zwei Stück oder auch ein Stück in Kombination mit einem Mehrfachraketen-Werferpaket) im Feld geladen werden können. Denn für den Einsatz auf HIMARS und MLRS haben nur diese Gefechtsfeldraketen im Gegensatz zu "normalen" Raketengeschossen eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern. Diese Steigerung der Reichweite der ukrainischen Raketentruppen würde ihnen Ziele deutlich tiefer im Inneren Russlands zugänglich machen und wäre als eine bedeutende Eskalation des Ukraine-Konflikts seitens der USA zu werten.

Am 20. Juli kam die sogenannte Ukraine Defence Contact Group bei einem Online-Treffen zusammen. Hierbei handelt es sich um eine von den USA angeführte Koalitionsgruppe zur Unterstützung der Ukraine. Bei dieser Konferenz wurden "Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine in der bewaffneten Konfrontation mit Russland" erörtert. Die Teilnehmer kamen erstmals Ende April in Deutschland auf dem Stützpunkt der US-Luftwaffe in Ramstein bei einem Treffen zusammen.

8:37 de.rt.com: **Plötzlich und unerwartet? Ministerium räumt schwere Nebenwirkungen der Corona-Impfung ein**

Das Bundesgesundheitsministerium meldet auf Twitter, dass eine von 5.000 Impfdosen eine schwere Nebenwirkung nach sich zieht. In der Vergangenheit hatte der Gesundheitsminister

von einer "nebenwirkungsfreien Impfung" gesprochen.

Anderthalb Jahre nach Beginn der Impfkampagne hat das Bundesgesundheitsministerium am Mittwoch auf der Social Media-Plattform Twitter Stellung zu möglichen schweren Nebenwirkungen der bedingt zugelassenen Corona-Impfungen genommen:

"Eine von 5000 Personen ist von einer schweren Nebenwirkung nach einer COVID-19-Impfung betroffen. Sollten Sie den Verdacht auf Nebenwirkungen haben, holen Sie sich ärztliche Hilfe und melden Sie ihre Symptome ans @PEI_Germany."

Auch wenn das Bundesgesundheitsministerium nun schwere Nebenwirkungen nach der Impfung einräumt, verbreitete es zunächst dennoch Falschinformationen. Wie aus dem Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts hervorgeht, bezieht sich das Risiko einer schweren Nebenwirkung nicht auf Personen, sondern auf verabreichte Dosen. Mit steigender Anzahl an verimpften Dosen nimmt das Risiko also entsprechend zu. Allerdings hat das Ministerium die Falschinformation mittlerweile in einem neuen Tweet korrigiert:

"Korrektur: Die Melderate für schwerwiegende Reaktionen beträgt laut

@PEI_Germany 0,2 Meldungen pro 1.000 Impfdosen."

Erstaunlich ist jedoch, dass das Gesundheitsministerium nun vermehrt die schweren Nebenwirkungen der Corona-Impfung thematisiert. Zuvor hatte der heutige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) noch von "nebenwirkungsfreien Impfungen" gesprochen, was vielfach kritisiert wurde und als endgültig widerlegt gelten kann. Lauterbach befindet sich derzeit auf einem [Besuch in den USA](#), um dort unter anderem die "Vorbereitung einer Coronastrategie für den Herbst und eine künftige Impfstrategie" zu besprechen.

In den vergangenen Tagen hatte Fachanwalt Joachim Cäsar-Preller erklärt, dass Lauterbach "das Produkt Impfstoff falsch bewertet" habe. Daher sei die Kehrtwende in juristischer Hinsicht brisant (RT DE [berichtete](#)). Es könne somit zu Amtshaftungsansprüchen gegen die Bundesrepublik Deutschland oder einzelne Bundesländer kommen, so Cäsar-Preller.

Kurioserweise werden anscheinend Twitter-Posts, in denen die Nachricht des Bundesgesundheitsministeriums geteilt werden, aufgrund der Zensurmaßnahmen auf Twitter markiert. Für den Originaltweet des Ministeriums ist dies jedoch nicht der Fall.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d8f063b480cc127e5a511d.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 21.7.2022**

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 31 Mann;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 3 Fahrzeuge;
- 2 dauerhafte Feuerpunkte.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der

Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Belaja Gora und Podlesnoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu erhalten und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz

weiter Agitationsflugblätter über Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

So haben gestern Vertreter der „Volksfront“ gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR eine erste humanitäre Lieferung für bedürftige Einwohner, wozu Lebensmittel, Hygienemittel und Kindernahrung gehört, nach Nowodruschsk geliefert.

9:00 de.rt.com: **Entminung der Hochspannungsleitungen und Erdgasverteilung in Sewerodonezk angelaufen**

Das russische Katastrophenschutzministerium hat mit der Entminung der Gasleitungen und der Stützen von Hochspannungsleitungen der Stadt Sewerodonezk in der Volksrepublik Lugansk begonnen. Dies teilte Nikolai Morgunow, der amtierende Bürgermeister der Stadt, am Mittwoch der russischen Nachrichtenagentur TASS mit:

"Wenn wir zuvor von der Minenräumung durch Pioniere sprachen, die vom russischen Verteidigungsministerium kamen und in der Stadt selbst an der Minenräumung entlang der Haupttrouten und in den Stadtvierteln arbeiten, so sind heute auch Pioniere des russischen Katastrophenschutzministeriums hinzugekommen. Sie haben die Verantwortung für die Entminung der Stromleitungen übernommen."

"Zudem arbeiten sie auch an der Entminung der Gasleitungen, sodass man an deren Wiederherstellung arbeiten kann."

Erst wenn die Leitungen vollständig entmint sind, können Mängel festgestellt und der Arbeitsumfang zur Wiederherstellung der Strom- und Gasversorgung bestimmt werden, sagte Morgunow:

"Da die Netzinfrastruktur vermint wurde, wurde auch die Bestandsaufnahme nicht durchgeführt. Das heißt, ungefähr wurde das Ausmaß des Schadens angegeben. Doch erst nach der Minenräumung werden Spezialisten alles durchgehen können und das Verständnis haben, welche Ausrüstung und Material fehlen."

Außerdem konnten russische Pioniertruppen bereits einen der Wasserentnahmepunkte in Sewerodonezk entminen, sodass die Wasserversorgung der Bevölkerung organisiert werden konnte:

"Es gibt erste Ergebnisse. Eine Wasserentnahmeeinrichtung wurde von Minen geräumt, sodass wir heute Wasser nicht mehr nur aus kleinen Brunnen, den Haus- und Straßenbrunnen pumpen können, was zuvor schon funktionierte, sondern gerade eine große, mit Stromgeneratoren betriebene Wasserentnahmeeinrichtung in Betrieb nehmen können, um Wasser zu heben und in Tanks zu pumpen. Aus den Reservoirs können wir bereits jetzt Einsatzfahrzeuge zur Verteilung von Wasser an die Bevölkerung und Versorgungsfahrzeuge befüllen."

Am 10. Juli erklärte der Generaldirektor der Republikanischen Netzgesellschaft Boris Ryschilow, das Stromversorgungssystem von Sewerodonezk sei während der Kämpfe um die Befreiung der Stadt schwer beschädigt worden. Eine teilweise Wiederherstellung werde etwa drei Monate dauern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d8fe1b48fbef76be051973.jpg>

Ohne Erdgas und Strom im Haus muss Essen an einer Feuerstelle auf dem Haushof zubereitet werden. Sewerodonezk, 20. Juni 2022

9:30 de.rt.com: **LVR: Seit 17. Februar 74 Zivilisten ums Leben gekommen**

Die Vertretung der Lugansker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination meldet, dass seit dem Beginn der Eskalation im Donbass am 17. Februar insgesamt 74 Zivilpersonen bei Beschuss durch ukrainische Streitkräfte ums Leben gekommen sind:

"Durch die Aggression der ukrainischen Streitkräfte im Zeitraum seit dem 17. Februar sind 74 Personen getötet und 221 verwundet worden. Unter den Toten befinden sich drei Kinder, 19 Kinder wurden verwundet."

Insgesamt hat das ukrainische Militär das Gebiet der Republik 1.034 Mal unter Beschuss genommen und dabei 10.400 Projektile abgefeuert, so die Behörde weiter. Eingesetzt wurden unter anderem Raketen vom Typ Totschka-U sowie Mehrfachraketenwerfer vom Typ BM-21 Grad, BM-27 Uragan, BM-30 Smertsch und das US-amerikanische M142 HIMARS. Bei den Angriffen wurden 1.904 Häuser und 173 Objekte der zivilen Infrastruktur in 31 Ortschaften zerstört oder beschädigt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **409 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert** und außerdem **nicht lenkbare Raketen des Kalibers 80mm eingesetzt**.

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten, 2, darunter ein Kind, geb. 2012, wurden verletzt**. 34 Wohnhäuser und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Fahrzeuge, ein Schützenpanzerwagen und 22 Mann. 2 Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Krasnogorowka wurden beseitigt.

10:25 de.rt.com: **USA erwägen Lieferung von Kampfflugzeugen an die Ukraine**

General Charles Brown, der Stabschef der US-Luftstreitkräfte, hat die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass westliche Länder der Ukraine bald Kampffjets aus nicht-russischer Produktion liefern könnten. Auf die Frage, ob es möglich sei, dass die Vereinigten Staaten der Ukraine US-Kampffjets verkaufen oder zur Verfügung stellen könnten, antwortete er am Mittwoch auf dem Aspen Security Forum in Colorado:

"Es gibt US-Kampfflugzeuge, es gibt den Gripen aus Schweden, es gibt den Eurofighter, es gibt den Rafale. Es gibt also eine Reihe verschiedener Plattformen, die in die Ukraine geschickt werden könnten. Es wird etwas nicht Russisches sein, das kann ich Ihnen wahrscheinlich sagen, aber ich kann Ihnen nicht genau sagen, was es sein wird."

Zuvor hatte Brown in einem Interview mit Reuters in Aussicht gestellt, dass die USA ukrainische Piloten an US-Flugzeugen ausbilden würden. Wie General Mark Milley, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte (JCS), am Mittwoch bei einer Pressekonferenz erklärt hatte, prüfe Washington zurzeit mehrere zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für das ukrainische Militär, darunter auch die Ausbildung von Piloten. Es sei jedoch noch keine Entscheidungen darüber getroffen worden.

Vergangenen Freitag hatte das US-Repräsentantenhaus die Bereitstellung von 100 Millionen US-Dollar für die Ausbildung des ukrainischen Militärs an US-Flugzeugen genehmigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d900a248fbef76867eebcf.jpg>

General Charles Brown bei seiner Ernennung zum Stabschef der United States Air Force vor dem Streitkräfteausschuss des Senats in Washington D.C.

10:25 de.rt.com: **US-Justizministerium will sanktionsbedingt beschlagnahmtes russisches Eigentum "zugunsten ukrainischer Flüchtlinge verwenden"**

Das US-Justizministerium fordert vom US-Kongress eine Übertragung von im Zuge der Sanktionen gegen Russland beschlagnahmtem Eigentum an Flüchtlinge aus der Ukraine. Dies gab die Erste Stellvertretende Justizministerin und Generalstaatsanwältin Lisa Monaco am Mittwoch auf dem jährlichen Sicherheitsforum des Aspen Institute im US-Bundesstaat Colorado bekannt. Auf die Frage eines Moderators, ob die US-Behörden den Erlös aus dem Verkauf von im Zuge der antirussischen Sanktionen in den USA beschlagnahmtem Eigentum an ukrainische Flüchtlinge überweisen könnten, antwortete Monaco:

"Davon ist die Rede und wir wollen vom Kongress die Erlaubnis, den Erlös aus diesem illegal erworbenen Eigentum an sie zu überweisen."

Ende Juni erklärte Monaco, die US-Regierung hoffe, dass der US-Kongress die Aushändigung der von russischen Geschäftsleuten beschlagnahmten Vermögenswerte an die Ukraine ermöglichen werde.

10:50 de.rt.com: **Atomkraftwerk von Saporoschje arbeitet weiter und liefert Energie auch an Ukraine**

Zwei Reaktoreinheiten des Atomkraftwerks in Saporoschje, die am vergangenen Tag von ukrainischen Drohnen angegriffen wurden, arbeiten ordnungsgemäß weiter. Dies berichtete das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje Jewgeni Balizki in deiner Sendung des Kanals Solowjow Live:

"Das Werk arbeitet ordnungsgemäß weiter, zwei Reaktoreinheiten funktionieren vollständig. Natürlich nicht mit voller Leistung."

Balizki fügte hinzu, dass das Kraftwerk auch weiterhin Energie an die Ukraine liefere, und zwar im Wert von bis zu einer Million US-Dollar täglich. Eine Beschädigung oder Zerstörung der Anlage würde daher auch Kiew enorm schaden:

"Sollte das Atomkraftwerk durch irgendeinen Notfall stillstehen und die Arbeit der Reaktorblöcke aufhören, verliert der gesamte Südosten der Ukraine seine energietechnische Balance."

Balizki merkte außerdem an, dass eine Abschaltung des Atomkraftwerks unmöglich sei, da die unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation stehe. "Sie gaben uns klar zu verstehen, dass sie erst nach einer Klarstellung des Status des Gebiets mit uns verhandeln werden", sagte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d90f1db480cc057705a6e8.jpg>

Ansicht des Saporoschje-Atomkraftwerks in der Stadt Energodar, Aufnahme vom 5. April

11:06 de.rt.com: **Erdoğan beschuldigt USA, Terroristen auszubilden**

Scharfe Töne aus Ankara: Die US-Streitkräfte müssten sich aus Syrien zurückziehen, fordert der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Der 68-jährige Staatschef wirft den USA vor, kurdische Kräfte auszubilden, "um einen terroristischen Akt" gegen die Türkei zu begehen. Undiplomatische Töne vom NATO-Verbündeten Türkei an die Adresse Washingtons: Die US-Streitkräfte müssten sich aus Syrien zurückziehen, so der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Der 68-jährige Staatschef wirft den Vereinigten Staaten vor, kurdische Kräfte auszubilden, "um einen terroristischen Akt" gegen die Türkei zu begehen. Erdoğan sagte laut türkischen Staatsmedien:

"Sie sehen, dass das amerikanische (Militär-)Personal dort Mitglieder der terroristischen Organisation (YPG/PKK) ausbildet [...] Ihre Aufgabe ist es, dort einen terroristischen Akt gegen die türkischen Soldaten zu begehen. Auch hier denken sie, dass sie die türkische Armee täuschen, indem sie dort (Syrien) die Flagge des Regimes schwenken. Wir werden uns nicht täuschen lassen."

Erdoğan verband den Vorwurf mit der Ankündigung, dass er sich mit Russland und dem Iran zusammengeschlossen habe, um den Abzug der US-Truppen aus Ostsyrien zu fordern. Seine Forderung, die US-Partnerschaft mit den kurdischen Kräften zu beenden, fiel mit einem Angriff in der kurdischen Region im Nordirak zusammen, der eine Krise mit der von den USA unterstützten Regierung in Bagdad auszulösen droht.

Der irakische Premierminister Mustafa Al-Kadhimi sagte am Mittwoch:

"Dieser brutale Angriff unterstreicht die Tatsache, dass die Türkei die ständigen Forderungen des Irak ignoriert hat, militärische Übergriffe auf irakisches Territorium und das Leben seiner Bevölkerung zu unterlassen."

Und er ergänzte:

"Der Irak behält sich das volle Recht vor, auf diese Angriffe zu reagieren und wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um seine Bevölkerung zu schützen und die Aggressoren für die anhaltende Eskalation zur Rechenschaft zu ziehen."

Die Türkei leugnete die Verantwortung für den Angriff und erklärte, dass Al-Kadhimi von den kurdischen Kämpfern getäuscht worden sei. "Die Türkei ist bereit, alle Schritte zu unternehmen, um die Wahrheit ans Licht zu bringen", erklärte das türkische Außenministerium. Und ergänzte:

"Wir fordern die irakischen Regierungsvertreter auf, keine Erklärungen unter dem Einfluss der Rhetorik und Propaganda der verräterischen Terrororganisation abzugeben und daran mitzuwirken, die wahren Täter dieses tragischen Vorfalls ans Licht zu bringen."

Nach Angaben der lokalen kurdischen Behörden in der nordirakischen Region Zaxo wurden bei dem Angriff acht Menschen getötet und fast zwei Dutzend weitere verletzt. Ein Beamter beschrieb den Beschuss als "türkischen Artilleriebeschuss". Die Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Irak stimmte zu, dass es sich bei dem Angriff um einen "tödlichen Artilleriebeschuss" handelte. Die UN-Beamten vermieden es jedoch, die Türkei als Täter zu benennen.

Türkische Streitkräfte haben Berichten zufolge "vierzig Militärstützpunkte" in der kurdischen Region des Irak eingerichtet. Der Direktor des Washingtoner Kurdischen Instituts, Yousif Ismael, schrieb kürzlich:

"Wie bei früheren Angriffen hat die Türkei den Vorwand des Kampfes gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) benutzt, um ihr Eindringen in kurdisches Gebiet zu erklären."

Und er fügte hinzu:

"Allerdings hat die Türkei nach jeder Militärkampagne seit 2018 permanente Militärbasen und -posten eingerichtet."

Das kurdische Volk ist eine ethnische Minderheit, die durch die Staatsgrenzen von Iran, Irak, Türkei und Syrien getrennt ist. Die PKK wird von den USA seit langem als ausländische Terrororganisation eingestuft, weil sie einen jahrzehntelangen Separatistenkonflikt mit der türkischen Zentralregierung führt, aber die irakischen und syrischen Kurden haben daran mitgewirkt, den Islamischen Staat zu besiegen.

Erdoğan schickte 2019 türkische Streitkräfte nach Syrien, um kurdische Kräfte anzugreifen. Die USA protestierten gegen das Vorgehen Ankaras. Laut den Vereinigten Staaten untergrabe Ankara damit die multinationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Bedrohung durch den Islamischen Staat. Der Streit endete mit einer Vereinbarung zur Einrichtung einer rund 30-Kilometer-Pufferzone zwischen kurdischen Milizen und syrischem Gebiet. Allerdings hat Erdoğan in den letzten Monaten mit einer erneuten Offensive gedroht.

"Amerika muss sich jetzt östlich des Euphrat zurückziehen. Das ist ein Ergebnis des Astana-Prozesses", erklärte der türkische Staatspräsident und bezog sich dabei auf sein trilaterales Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi. Es seien die USA, die dort die "terroristischen Gruppen fütterten", so Erdoğan.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d8fbc4b480cc1078306edd.jpg>

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinen iranischen und russischen Amtskollegen nach ihrem Gipfel in Teheran am 19. Juli 2022

11:15 de.rt.com: **Befehlshaber der US-Weltraumkräfte: Elon Musks Satellitennetzsystem Starlink steht im Dienste des ukrainischen Militärs**

Das auf Mikrosatelliten aufbauende Internetkommunikationssystem Starlink, das zum Unternehmen SpaceX von Elon Musk gehört, "hat die für die ukrainischen Streitkräfte lebenswichtigen Kommunikationslinien erweitert". Dies hat laut Air Force Magazine der General John Raymond, Befehlshaber der US-Weltraumkräfte, auf dem Aspen Security Forum bekanntgegeben:

"Starlink-Satelliten, die bis zu 130 Meilen über dem Schlachtfeld fliegen, bieten einen Hochgeschwindigkeits-Internetzugang, der den ukrainischen Truppen an der Front die Kommunikation mit einer Befehlskette ermöglicht, die sich über Hunderte von Meilen erstreckt."

Zuvor hatte ein gefangener Oberst der ukrainischen Streitkräfte [berichtet](#), dass Musks Ausrüstung eine große Hilfe für das Nazi-Terrorbataillon Asow ist, während der ehemalige Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin den US-Unternehmer Musk ausdrücklich als "Auftragnehmer des Pentagon" [bezeichnete](#).

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik**

Krieg, das sind nicht nur Raketen, die auf unsere Städte treffen, sondern auch eine Flut von Fakes und Desinformation, mit denen wir von Seiten der Ukraine überschüttet werden. In diesem Zusammenhang sind westliche Internet-Plattformen genau solche Mehrfachraketenwerfer, nur im Informationsbereich.

Die Hauptwaffe ist leider Google: die Zahl von Fakes und extremistischen Materialien nimmt hier nur zu und keinerlei Strafzahlungen oder Gerichtsentscheidungen spielen für sie eine Rolle. Das Unternehmen betreibt eine zielgerichtete Propaganda des Terrorismus und Extremismus, und das heißt, es hat keinerlei Achtung vor seinen Nutzern aus der Lugansker Volksrepublik.

Wir brauchen solchen Informationsbeschuss nicht: weder von Seiten der Ukraine noch von Seiten des Westens. Wir kommen auch ohne Google zurecht. Wenn sie sich bessern, beginnen die Menschen zu respektieren, werden wir über eine Rückkehr nachdenken.

11:26 de.rt.com: **Tauziehen um Gas-Turbine: Laut Baerbock fürchtete Berlin**

"Volksaufstände"

Die Verhandlungen über die Rückgabe einer gewarteten Siemens-Turbine für Nord Stream 1 durch Kanada zeigt, unter welchem Druck die deutsche Regierung steht. In einem Pressegespräch erklärte Außenministerin Baerbock, dass man "Volksaufstände" hierzulande wegen Gasmangels befürchtet habe.

Durch die Pipeline Nord Stream 1 fließt nach Wartungsarbeiten wieder Gas. Seit Tagen wurde in den deutschen Medien über einen möglichen abrupten kompletten Lieferstopp spekuliert. Die Konsequenzen wären demnach für die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt [verheerend](#). Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck [warnte](#) jüngst sogar vor einem "politischen Albtraum-Szenario". Wie ernst man in Berlin die Lage einschätzte und die wohl schwerwiegenden Folgen des Gasmangels für die Ökonomie des Landes sowie die daraus resultierenden innenpolitischen Auswirkungen fürchtete, geht nun aus den Aussagen der Außenministerin Annalena Baerbock hervor.

Bei einem Pressegespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) ließ die Grünen-Politikerin [durchblicken](#), dass die Politik in Berlin mit "Volksaufständen" rechnete. Sie räumte auch ein, dass man deshalb auch Druck auf die Regierung in Ottawa gemacht habe, um die gewartete Siemens-Turbine schließlich doch – trotz seitens Kanada verhängter Sanktionen gegen Russlands Öl-, Gas- und Chemieindustrie – für die Pipeline Nord Stream 1 zurückgeliefert zu bekommen. In der Talkreihe "RND vor Ort" habe Baerbock demnach gesagt:

"Die Kanadier haben gesagt, 'wir haben viele Fragen', da haben wir gesagt, das können wir verstehen, aber wenn wir die Gasturbine nicht bekommen, dann bekommen wir kein Gas mehr, und dann können wir überhaupt keine Unterstützung für die Ukraine mehr leisten, weil wir dann mit Volksaufständen beschäftigt sind."

Laut RND kam die Nachfrage, ob sie wirklich mit "Volksaufständen" gerechnet habe, worauf Baerbock dann ergänzte, dass das "vielleicht etwas überspitzt" ausgedrückt sei. Doch zugleich räumte sie ein, "dass wir Gas aus Russland weiter brauchen".

Baerbock ging auch auf das Thema ein, warum Berlin einen von manchen anderen Ländern geforderten Gasimportstopp abgelehnt hatte. Es ging demnach um soziale Konsequenzen einer solchen Entscheidung. Deutschland sei schließlich besonders abhängig vom russischen Gas, anders als etwa Kanada.

Baerbock führt auch an, dass die derzeit hohen Gaspreise für viele Menschen in Deutschland eine große Belastung seien. Sie unterstrich:

"Das ist unsere wichtige Aufgabe für den Winter, wir müssen dafür sorgen, dass dieser Krieg nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führt."

Auftrag der Bundesregierung sei es, so die Grünen-Politikerin weiter, "die sozialen Konsequenzen abzufedern".

Anfang Juli hatte die Regierung in Ottawa trotz verhängter Strafmaßnahmen gegen Moskau wegen der russischen Militäroperation in der Ukraine "eine zeitlich begrenzte und widerrufbare Erlaubnis" für die Lieferung der Siemens-Turbine für die russische Pipeline zurück nach Deutschland erteilt.

Das Ersatzteil wurde in dem nordamerikanischen Land hergestellt und muss dorthin auch regelmäßig zur Wartung zurückgeschickt werden. Kanada begründete die Entscheidung damit, dass man eine demnach von Moskau beabsichtigte "Spaltung unter den Verbündeten" durch eine "Destabilisierung der europäischen Energiesicherheit" [verhindern](#) wolle.

Der russische Energiekonzern Gazprom hatte Mitte Juni seine Gaslieferungen nach Deutschland durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 reduziert und auf [Verzögerungen bei der Reparatur](#) von Gasverdichtern verwiesen. Der Energietechnikkonzern Siemens Energy hatte daraufhin mitgeteilt, dass die in Kanada überholte Gasturbine derzeit wegen Sanktionen nicht aus Montréal zurückgeliefert werden könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d90140b480cc136c1b1aeb.jpg>

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) bei einem Besuch des ABC-Abwehrregiments der Bundeswehr am 20. Juli 2022 in der Barnim-Kaserne in Neuenhagen in Brandenburg

11:40 de.rt.com: **Dmitri Medwedew: EU-Führung hat Bezug zur Realität verloren**

Die EU-Führung habe den Bezug zur Realität endgültig verloren und lasse die Ukrainer für eine EU-Mitgliedschaft ihr Leben opfern, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und Ex-Präsident Dmitri Medwedew. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Diese Dorftrötel, die sich EU-Führung nennen, haben endgültig den Bezug zur Realität verloren und zwingen die armen Ukrainer, ihr Leben zu opfern, um der Europäischen Union beizutreten."

Er betonte, dass "zahlreiche politische Gauner" das Thema der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Ukraine in ihren früheren Grenzen manipulieren, "um neue militärische Aufträge zu erhalten und die dem Kiewer Regime zugewiesenen Geldströme zu veruntreuen". Medwedew warnte:

"Infolge all dieser Vorgänge könnte die Ukraine die Reste ihrer staatlichen Souveränität verlieren und von der Weltkarte verschwinden."

Gleichzeitig nähere sich die NATO "entgegen der Logik und dem gesunden Menschenverstand" weiter den Grenzen Russlands und schaffe "eine reale Gefahr eines globalen Konflikts und des Sterbens eines großen Teils der Menschheit", sagte der Politiker. Indessen wies Medwedew eine Verantwortung Russlands für die hohe Inflation und die Verluste unter westlichen Investoren und Unternehmen zurück. Auch dafür, dass "die Europäer diesen Winter in ihren Häusern fürchterlich frieren werden", sei Russland nicht verantwortlich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d90359b480cc16b10665af.jpg>

Der Vorsitzende der Partei "Einiges Russland" und stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, auf der Plenarsitzung des nationalen Forums "Unternehmertum in der neuen Wirtschaftsrealität" in Moskau, 26. Mai 2022

11: 46 de.rt.com: **Russische Luftabwehr vernichtet zwei feindliche Kampfdrohnen über Militärflugplatz in Syrien**

Die russische Armee hat am Mittwoch zwei feindliche Drohnen abfangen, die sich aus den von Islamisten kontrollierten, nordsyrischen Gebieten auf den Militärflugplatz Hmeimim in Syrien zubewegt hatten. Russland hat einen wichtigen Stützpunkt im nordsyrischen Hmeimim, wo gemäß Ersuchen der syrischen Regierung russische Truppen zur Bekämpfung des Terrorismus stationiert sind.

Die russischen Streitkräfte in Syrien fingen am Mittwoch zwei feindliche Drohnen ab, die auf den russisch genutzten [Militärflugplatz Hmeimim](#) in Latakia gezielt hatten, zitierte die Nachrichtenagentur Interfax einen Vertreter des Verteidigungsministeriums. Der Beamte sagte, es habe keine Opfer oder Schäden gegeben.

"Am 20. Juli 2022 gegen 22:10 Uhr fingen russische Luftverteidigungssysteme unbemannte Luftfahrzeuge ab, die sich auf Gelände des russischen Luftwaffenstützpunkts Hmeimim aus dem Nordosten zubewegten."

Russland hat einen wichtigen Stützpunkt in Hmeimim in Nordsyrien, wo russische Truppen auf Einladung der syrischen Regierung zur Bekämpfung des Terrorismus stationiert sind. Der Militärflugplatz wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach mit Kampfdrohnen der islamistischen Gruppierungen in Nordsyrien angegriffen. Angesichts der Tatsache, dass der russische Präsident Wladimir Putin kürzlich Iran bereist hat und die Türkei sich auf eine neue Invasion in Syrien vorbereitet, nehmen die erhöhten Spannungen in Nordsyrien eine neue Dimension an.

Im Jahr 2018 schoss die syrische Luftverteidigung bei Abwehrmanövern versehentlich ein russisches Aufklärungsflugzeug ab, das sich im Landeanflug auf den Militärflugplatz Hmeimim bei Latakia befand. Die gesamte Mannschaft mit insgesamt 15 russischen Soldaten kam dabei ums Leben. Die syrische Luftabwehr hatte eigentlich auf israelische Kampffjets gezielt, die einen Angriff auf Latakia flogen und dabei das russische Flugzeug de facto als Radar-Schutzschild benutzten.

Während Russland und Iran auf Einladung der syrischen Regierung in Syrien interveniert haben, um der regulären syrischen Regierung und den Syrern bei der Bekämpfung des

Terrorismus im Land zu helfen, haben beide Staaten jedoch auch unterschiedliche Prioritäten. Während es den Russen in erster Linie darum geht, dass Syrien sich schnell wieder wirtschaftlich erholen und in die Weltgemeinschaft integrieren kann, setzen die Iraner eher darauf, dass Syrien seine Rolle als Hauptkorridor für die sogenannte Achse des Widerstands gegen Israel beibehält. Allerdings hat die Eskalation des Krieges in der Ukraine dazu geführt, dass Teheran und Moskau mehr denn je miteinander zusammenarbeiten und auch in Syrien enger koordinieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9090848fbef76be051982.jpg>
Russische Truppen in Syriens südlicher Provinz Daraa am 1. September 2021

nachmittags:

12:05 de.rt.com: **Russische Luftwaffe eliminiert mehr als 900 ukrainische Kämpfer in Gebieten Odessa und Nikolajew**

Die russischen Luftstreitkräfte haben am 16. Juli durch einen Angriff mit Hochpräzisionswaffen auf eine vorübergehende Unterkunft der Nationalisten im Dorf Konstantinowka im Gebiet Odessa mehr als 600 Militanten, darunter bis zu 120 ausländische Söldner, vernichtet. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium bei einem Briefing am Donnerstag mit. Nach Abgaben der Behörde wurden bei einem Anschlag auf ein weiteres provisorisches Lager der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in Nikolajew am darauffolgenden Tag über 320 weitere Nationalisten getötet.

Darüber hinaus meldete das Verteidigungsministerium innerhalb der vergangenen 24 Stunden erfolgreiche Angriffe gegen neun ukrainische Kommandoposten und das Hauptquartier des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU in Kramatorsk.

12:30 de.rt.com: **Russischer Senator: Angesichts der Lage in der Ukraine droht Friedenstruppenabzug aus Transnistrien mit erneutem Blutvergießen**

Trotz der Pläne von Vertretern der moldawischen Regierungsbehörden wird Russland kein Szenario mit einem Abzug seiner Friedenstruppen aus Transnistrien zulassen. Dies schloss Wladimir Dschabarow, erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des russischen Föderationsrates, aus. Bei einem Rundtischgespräch im Föderationsrat machte er deutlich:

"Die Friedenstruppen, deren Teil auch russische Soldaten sind, waren immer ein Bollwerk der Berechenbarkeit und der Ruhe, eine Garantie der Sicherheit am linken Dnjestr-Ufer. Alle Versuche unverantwortlicher Politiker in Chisinau, diese Rolle der Friedenstruppen in Frage zu stellen – oder gar mit einem Abzug der russischen Truppen aus der Region eine Änderung des Formats der friedenserhaltenden Operation durchzusetzen –, werden zu einer Destabilisierung und einem unvermeidlichen Wiederaufflammen des Blutvergießens führen.

Wir werden nicht zulassen, dass dieses Szenario eintritt – allein schon, weil in Transnistrien 220.000 russische Bürger leben."

Dem Senator zufolge wird Russland weiterhin den Frieden am Dnjestr sichern und allen Provokationen und Destabilisierungsversuchen entgegenwirken. Dies liege im Interesse der einfachen Menschen, die sowohl in der Republik Moldau als auch in Transnistrien leben, sagte Dschabarow.

Gleichzeitig erinnerte er daran, dass eine "große Gefahr von dem feindseligen Neonazi-Regime in der Ukraine" ausgehe, da Transnistrien "im Wesentlichen von Russland abgeschnitten" sei. "Deshalb ist es sehr wichtig – ich spreche nicht über die Zukunft, es steht mir nicht zu, das zu entscheiden, das wird sich alles in naher Zukunft klären –, ob Transnistrien eine Grenze zur befreundeten Ukraine, zum befreundeten Russland haben wird oder nicht. Es ist sehr wichtig, dass diese idiotischen Pläne einiger moldauischer Leiter nicht zum Tragen kommen."

Vor einem Monat wurde auf der Tagung des Europäischen Rates der Beschluss gefasst, Moldawien den Kandidatenstatus zum Beitritt in die Europäische Union zu gewähren. Dies führte zur Beziehungsanspannung zwischen Tiraspol und Chisinau: Transnistrien mit seiner zu einem Drittel russischen Bevölkerung trennte sich im Zuge eines Bürgerkriegs Anfang der 1990er Jahre aufgrund des von der neuerdings deutlich moldawisch-nationalistischen und zu Rumänien strebenden Regierung in Chisinau von Moldawien ab, wobei weiteres Blutvergießen von einem großen Friedenstruppenkontingent unterbunden wurde, das seitdem in Transnistrien disloziert ist. Seitdem strebt Transnistrien nach einem Beitritt zur Russischen Föderation als eine Exklave nach der Art Kaliningrads (wobei Russland selbst für das linke Dnjestr-Ufer einen Sonderstatus innerhalb Moldawiens favorisiert wie bis vor Kurzem auch für den Donbass innerhalb der Ukraine) – wohingegen das moldauische Parlament seit Längerem und nun auch die aktuelle Regierung Kurs auf einen Beitritt zur EU nahmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62699b0548fbef36a300e657.jpg>

12:55 de.rt.com: **Erneuter HIMARS-Angriff auf die Dnepr-Brücke in Cherson**

Das stellvertretende Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremousow, hat der Nachrichtenagentur TASS mitgeteilt, dass die ukrainischen Streitkräfte einen erneuten Versuch unternommen hätten, die Straßenbrücke über den Dnepr mit HIMARS-Raketen anzugreifen. Zwölf Projektile sollen abgefeuert worden sein, die aber von der russischen Luftabwehr abgeschossen wurden.

Stremousow zufolge wird der Beschuss der Brücke die Ausfuhr von Getreide und sonstigen Lebensmitteln nicht beeinträchtigen.

Zuvor hatte das ukrainische Militär die Straßenbrücke über Dnepr in Cherson am Dienstag und Mittwoch beschossen. Dabei wurde die über 1,3 Kilometer lange Brücke beschädigt, so dass der Lastwagenverkehr darüber eingeschränkt werden musste. Stremousow versprach, die Beschädigungen zu reparieren.

13:20 de.rt.com: **Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Sacharowa: keine Kontakte zu den USA in Bezug auf Ukraine**

In Bezug auf die Ukraine unterhalten Moskau und Washington keine Kontakte, hat die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Marija Sacharowa auf einer Pressekonferenz am heutigen Donnerstag erklärt. Alle Kontakte seien auf technische Fragen reduziert worden. Sacharowa sagte:

"Offizielle russisch-amerikanische Kontakte bezüglich der Ukraine werden nicht unterhalten. Technische Fragen werden über unsere diplomatischen Vertretungen und Botschaften in Moskau und Washington verhandelt. Das sind technische Probleme und Fragen."

Sacharowa führte diesen Umstand auf die destruktive Politik der gegenwärtigen US-Regierung unter dem Präsidenten Joe Biden zurück, die eine russische Niederlage in der Ukraine anstrebe. Sie schlussfolgerte:

"Die US-amerikanische Regierung hat ihren Schützlingen befohlen, über Verhandlungen mit uns nicht einmal nachzudenken und zwingt sie zum Kampf bis zum letzten Ukrainer. Wie kann man unter diesen Bedingungen mit den Vereinigten Staaten verhandeln? Dann werden sie die Realität vor Ort einsehen und eingestehen müssen. Aber jetzt gibt es keinen Sinn."

13:45 de.rt.com: **Spezialisten für nukleare Sicherheit: Ukrainischer Drohnenangriff auf AKW Saporoschje hätte Katastrophe auslösen sollen**

Der Drohnenangriff der kiewtreuen Truppen auf das Atomkraftwerk Saporoschschje in Energodar am 20. Juli galt vorläufiger Datenauswertung zufolge dem Kühlsystem der Reaktoren. Dies erklärte der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschschje, Jewgeni Balizki, am Donnerstag live im Fernsehsender Rossija 24.

"Was ich von den Vertretern für nukleare Sicherheit, die auf der Anlage anwesend sind, gehört habe: Sie sagen, dass die verwundbarsten Stellen leider das Kühlsystem bietet. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass die ukrainischen Nationalisten das lebenswichtige Kühlsystem des Reaktors angreifen wollten, was zu einer technogenen Katastrophe hätte führen können."

13:56 de.rt.com: **Minsk: Bericht über erzwungene Landung von Ryanair-Maschine inakzeptabel**

Weißrussland will einen Bericht der internationalen Zivilluftfahrtorganisation über die erzwungene Landung eines Ryanair-Flugzeugs im Mai 2021 nicht akzeptieren. Die Behörde hat die Notlandung als unrechtmäßigen Eingriff der Minsker Regierung kritisiert.

Die internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) verurteilt die erzwungene Landung im Mai 2021 als unrechtmäßigen Eingriff der Regierung in Minsk, teilte die Sonderorganisation der UN diese Woche nach Auswertung von neuem Material, darunter auch Tonaufnahmen des für die Maschine zuständigen Fluglotsen in Minsk, mit. Die als Grund für die Landung angegebene Bombendrohung sei absichtlich falsch gewesen und der Flugbesatzung auf Anweisung hoher weißrussischer Regierungsbeamter übermittelt worden, so die ICAO. Diese Erkenntnisse seien "absolut inakzeptabel" und diskreditierten die ICAO als technische Behörde, sagte Artjom Sikorski, Leiter der Luftfahrtabteilung im weißrussischen Verkehrsministerium, am Mittwoch. Er fügte hinzu, dass ein Vertreter Russlands im ICAO-Rat mit den Ergebnissen ebenfalls nicht einverstanden sei und auf eine Reihe von Fehlern und Ungenauigkeiten hingewiesen habe. Sikorski erklärte:

„In allen ICAO-Dokumenten steht geschrieben, dass die Ermittlungen nicht durchgeführt werden, um die Verantwortlichen zu finden, sondern um ähnliche Pannen in Zukunft auszuschließen.“

Sikorski sagte, die ICAO habe bereits im Januar einen Bericht präsentiert und sei zu dem Schluss gekommen, dass es kein Abfangen des Flugzeugs gegeben habe. "Allerdings passte

dieser Bericht damals einigen westlichen Ländern nicht, und unter deren Druck wurde die ICAO-Gruppe angewiesen, alle sogenannten Lücken in dieser Angelegenheit aufzuzeigen." Danach habe die ICAO mit Unterstützung der USA und Polens Daten von einem Fluglotsen erhalten. Der neue Bericht sei zu einem "zweitklassigen Spionageroman" geworden und "weit von der Wahrheit entfernt", resümierte der Vertreter der Behörde.

Die Ryanair-Maschine musste im Mai 2021 mit mehr als 100 Menschen an Bord auf dem Weg von Athen nach Vilnius in Minsk zwischenlanden. Angeblich aufgrund explosiver Stoffe. An Bord befanden sich auch der regierungskritische Blogger Roman Protassewitsch, Mitgründer des oppositionellen Telegram-Kanals Nexta, und seine damalige Freundin Sofia Sapega. Beide wurden nach der Landung festgenommen. Die EU sperrte daraufhin ihren Luftraum für Flugzeuge aus Weißrussland.

Sapega wurde dieses Jahr zu sechs Jahren Haft verurteilt, weil sie im Messengerdienst Telegram einen oppositionellen Kanal betrieb. Ende Juni bat sie den Präsidenten Alexander Lukaschenko um Begnadigung. Protassewitsch hingegen befindet sich auf freiem Fuß und distanziert sich von seiner oppositionellen Tätigkeit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d9099148fbef76be051986.jpg>

14:10 de.rt.com: **Aufklärungsdaten: HIMARS-Raketensysteme in der Ukraine werden von NATO-Personal bedient**

Den russischen Sicherheitsdiensten liegen Informationen aus Kreisen der ukrainischen Streitkräfte vor, wonach alle von den USA an die Ukraine gelieferten HIMARS-Raketenwerfersysteme durch NATO-Militärpersonal bedient würden. Dabei seien diese Menschen vorsorglich aus dem aktiven Militärdienst der NATO-Staaten selbst "herausgeführt" worden. Die Daten zu den HIMARS-Werfern würden nicht an die Ukrainer weitergegeben, weil man ihnen nicht traut, erklärte eine Quelle aus den russischen Sicherheitsdiensten gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Von den aktuell an der Front verbleibenden Werferfahrzeugen operieren zwei in südlichen Gebieten der Ukraine, unter anderem in der Nähe von Cherson, während sich die übrigen im Donbass befinden, so die Quelle.

Von den 12 bereits gelieferten Systemen sind nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums mindestens drei auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk zerstört worden – zwei in der Nähe von Malotaranowka und eines bei Krasnoarmeisk.

Zuvor hatte US-Generalstabschef Mark Milley eine Verpflichtung der USA und ihrer Verbündeten bekanntgegeben, der Ukraine mehr als 20 HIMARS-Mehrfachraketenwerfersysteme zu liefern, von denen die besagten 12 Werfer (sie kommen ohne separate Ladefahrzeuge aus) bereits übergeben wurden. Das nächste US-Hilfspaket an Militärhilfen soll in dieser Woche vorgelegt werden und vier weitere solcher Mehrfachraketen-Systeme umfassen.

15:19 (14:19) dan-news.info: **Gemeinsame Erklärung der DVR und der Region Charkow**

unterzeichnet

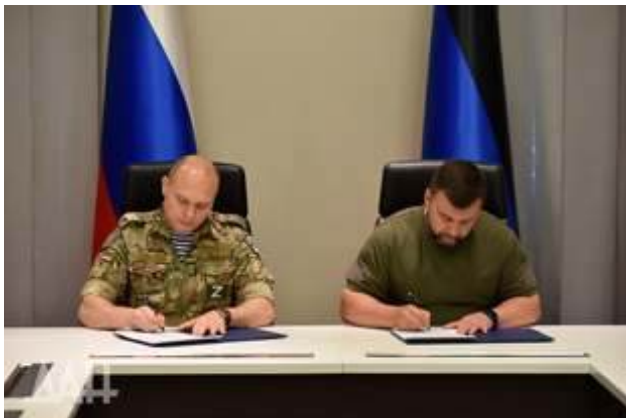
Heute fand die Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin und des Leiters der militärisch-zivilen Administration der Oblast Charkow Witalij Gantschew im Anschluss an ein Treffen in Donezk statt.

Bei dem Treffen waren auch der Leiter der Administration der Oberhauptes der DVR Alexej Nikonorow, seiner erster Stellvertreter Gennadij Lebedj, die Stellvertreterin des Oberhauptes und Leiterin des Apparats der militärisch-zivilen Verwaltung der Oblast Charkow Swetlana Nadjon anwesend.

„Mit der Oblast Charkow verbinden uns enge Bande. Jetzt kommt die Zeit der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit. Die Wiedervereinigung des russischen Volks findet statt, genau so muss der derzeitige Prozess bewertet werden. Heute schließen wir die erste Vereinbarung ab. Ich bin überzeugt, dass Charkow bald befreit sein wird, wir unsererseits sind bereit zu unterstützen. Wir werden noch viele Anstrengungen leisten müssen, es muss gearbeitet werden, mit gemeinsamen Anstrengungen wird uns alles gelingen“, sagte Puschilin.

Gantschew dankte Puschilin für die Unterstützung.

„Ich bin froh hier zu sein, wir haben eine gemeinsame Geschichte mit der ganzen Russischen Welt. Ich will Worte der Dankbarkeit sagen. Es ist die Zeit gekommen, nach Hause zurückzukehren, unsere Länder sind ein einiges ganzes, das Volk, das 2014 gegen die Kiewer Junta aufstand, wird jetzt nicht mehr zurückweichen. Wir haben einen Weg – nur zum Sieg und zum Wohlergehen. Ich hoffe auf eine lange und fruchtbare Zusammenarbeit“, sagte Gantschew.



https://dan-news.info/storage/c/2022/07/21/1658404337_663618_97.jpg

14:26 de.rt.com: CIA-Direktor dementiert Spekulationen über Putin: Er ist eigentlich sogar "zu gesund"

In der letzten Zeit häuften sich Spekulationen über Gesundheitsprobleme des russischen Präsidenten. Beweise dafür gibt es nicht. CIA-Direktor William Burns kassierte diese Gerüchte jetzt ein. Auf einem Sicherheitsforum im US-Bundesstaat Colorado sagte er, Wladimir Putin sei eigentlich sogar "zu gesund".

In der Presse und den sozialen Netzwerken häufen sich seit Beginn des Ukraine-Krieges Spekulationen, wonach Wladimir Putin, der im Oktober 70 Jahre alt wird, krank sein soll. CIA-Direktor William Burns äußerte sich auf einem Sicherheitsforum in Aspen im US-Bundesstaat Colorado zu diesen Gerüchten. Er sagte, die US-Geheimdienste hätten keine Informationen, die den schlechten Gesundheitszustand des russischen Präsidenten bestätigen könnten:

"Es gibt viele Gerüchte über den Gesundheitszustand von Präsident Putin, aber soweit wir beurteilen können, ist er sogar zu gesund. Betrachten Sie dies als eine informelle Einschätzung des Geheimdienstes."

Burns sagte auch, die Pläne des russischen Präsidenten, in die Ukraine einzumarschieren, beruhten auf "zutiefst fehlerhaften Annahmen und Illusionen". Nach Angaben des CIA-Direktors, der zuvor als Botschafter in Moskau tätig war, habe er Putin in privaten Gesprächen sagen hören, dass die Ukraine kein echtes Land sei.

Auch Russlands Außenminister Sergei Lawrow dementierte frühere unbestätigte Berichte über eine Krankheit oder eine Verschlechterung des Gesundheitszustands Wladimir Putins. Vernünftige Menschen könnten bei Putin keine Anzeichen von Unwohlsein erkennen, sagte er im Mai dieses Jahres. Kremlsprecher Dmitri Peskow betonte am Donnerstag, es gebe verschiedene Gerüchte aus der Ukraine und aus westlichen Ländern über Putins Gesundheit. Diese seien aber unwahr und "nichts als Falschmeldungen".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d91cf3b480cc19130cba05.jpg>

14:35 de.rt.com: **Union will Druck zu mehr Waffenlieferungen für Ukraine erhöhen**

Unionsfraktionsvize Johann Wadephul (CDU) hat die Bundesregierung zu mehr Tempo und Entschlossenheit bei Rüstungshilfe für die von Russland angegriffene Ukraine aufgefordert. Er sagte am Donnerstag in Berlin:

"Die Zweifel, dass Deutschland steht, wenn es darauf ankommt, eine harte Konfrontation mit Russland zu führen, die wachsen und das ist Gift für die EU und das ist Gift für die NATO und das ist Gift für unser Bündnis.

Wir sind in einer Phase des Krieges, wo man nicht verhandeln muss, sondern wo man handeln muss. Das ist schlicht der Punkt, und das macht die Bundesregierung nicht."

Die Union werde dies im Falle weiterer Untätigkeit bei einer schon im August möglichen Sondersitzung des Bundestages zum Thema machen und behalte sich einen Missbilligungsantrag vor, sagte Wadephul. Der langjährige Außen- und Sicherheitspolitiker fügte hinzu:

"Das faktische Handeln der Bundesregierung besteht darin, dass wir sage und schreibe, was schwere Waffen angeht, sieben Panzerhaubitzen geliefert haben. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist allerdings wirklich gemessen an dem, was notwendig ist, viel zu wenig."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d9346148fbef76867eec28.jpg>

Johann David Wadehul in einer Sitzung des Bundestages in Berlin

15:00 de.rt.com: **Zweite Front des Westens gegen Russland in Vorbereitung: Friedenstruppen für Transnistrien in Chisinau aufgehalten**

Russische Friedenstruppen, die auf dem Weg nach Transnistrien sind, wurden wiederholt am Flughafen der Chisinau festgehalten. Diesen Hinweis gab Alexei Polischtschuk, Direktor der zweiten Abteilung für GUS-Staaten im russischen Außenministerium. Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert seine Warnung an die moldauische Regierung: "Wir betrachten solche Aktionen als unfreundlich und reagieren immer angemessen darauf." Generalmajor Igor Sokorenko, erster stellvertretender Leiter des Generalstabs der russischen Armee, wies zudem darauf hin, dass die Republik Moldau alles dafür tue, um Neuzugänge an russischen Militärgütern und -ausrüstung nach Transnistrien zu verhindern. Ihm zufolge kalkuliert Chisinau, somit eine infolgedessen "unvermeidliche Verschlechterung der materiellen Basis des russischen Kontingents" zu bewirken. Der Militär brachte dies mit dem Ukraine-Konflikt in Verbindung:

"Diese Situation entwickelt sich vor dem Hintergrund der Schließung des transnistrischen Abschnitts der ukrainisch-moldauischen Staatsgrenze durch Kiew und der Aufkündigung des Abkommens mit Russland über den Transit russischer Militäreinheiten und militärischer Güter durch ukrainisches Gebiet dorthin. Alle Vorschläge des russischen Verteidigungsministeriums, Beratungsgespräche zu diesem Thema abzuhalten, wurden von der moldauischen Seite nicht erwidert."

Der Generalmajor erinnerte daran, dass Moskau wiederholt vorgeschlagen habe, das Genehmigungsverfahren für den Transit durch ein Benachrichtigungsverfahren zu ersetzen, aber alle Vorschläge seien unbeantwortet geblieben.

16:21 (15:21) novorosinform.org: **Offiziere der Streitkräfte der Ukraine haben in Nikolajew einen Soldaten der 36. Brigade zu Tode geprügelt**

Im Internet kursiert ein Video, in dem Soldaten der 36. Marinebrigade der Streitkräfte der Ukraine über den Tod ihres Kameraden sprechen, der von ukrainischen Offizieren geschlagen wurde.

Es wird berichtet, dass das Ereignis in Nikolajew stattgefunden habe. Der Name des verstorbenen Soldaten sei Roman Stebo gewesen.

„Einige Offiziere fügten ihm schwere Körperverletzungen zu, woraufhin Roman nicht überlebte“, heißt es in der Berufung.

Laut den Autoren des Videos fordern die Kämpfer der 36. Brigade, dass die Vorwürfe gegen ihre Kommandeure nicht "vertuscht", sondern untersucht werden, damit die Täter eine wohlverdiente Strafe erleiden.

"Die Jungs wollen es nicht auf sich beruhen lassen", sagten sie.

Es wird darauf hingewiesen, dass dies nicht der erste Fall von Angriffen auf Untergebene durch ukrainische Offiziere ist. Früher wurde berichtet, dass Offiziere der Streitkräfte der Ukraine, die sich in einem Zustand der Trunkenheit befanden, einen Soldaten schlugen und sein Auto wegnahmen.



https://novorosinform.org/content/images/93/07/49307_720x405.jpg

15:24 de.rt.com: **USA sind vom Besuch Putins in Teheran alarmiert – CIA warnt Iran vor einer "Russland-Abhängigkeit"**

Nachdem das iranische Staatsoberhaupt Chamenei im persönlichen Zusammentreffen mit Putin zugunsten der russischen Militäroperation in der Ukraine argumentierte, ist der US-Auslandsgeheimdienst alarmiert. Der CIA-Chef gibt den Iranern einen Rat. Er warnt sie vor einer "Russland-Abhängigkeit" – ohne allerdings zu erklären, was er unter Abhängigkeit versteht.

Putin besuchte am Dienstag Teheran zu einem Dreiergipfel mit seinen Amtskollegen aus Iran und der Türkei, bei dem die drei Staaten über das Vorgehen in Syrien und über die Ukraine diskutierten. Wichtiger als das Gespräch der drei Staatsoberhäupter über Syrien war am Dienstag das persönliche Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem iranischen Staatsoberhaupt Ali Chamenei in Teheran. Chamenei hat die Neutralität seines Landes bezüglich des Ukraine-Krieges aufgegeben und zugunsten von Russlands Operationen in der Ukraine argumentiert.

Nach dem Putin-Treffen in Teheran sind nun die USA alarmiert, wobei man in Washington, D.C. Furcht vor einer Achse Moskau-Teheran mitten im Ukraine-Krieg hat. Die CIA-Chef hat Iran am Mittwoch gewarnt, dass man damit die "Abhängigkeit" von einem "isolierten Russland" riskiere, nachdem Iran den russischen Präsidenten Putin derart willkommen geheißen habe. Der CIA-Chef behauptete zugleich, dass die beiden Staaten aber auch "gespannte Beziehungen" hätten.

Chamenei ist de facto der Entscheidungsträger bei strategischen Fragen in Iran. Das religiöse Oberhaupt Irans argumentierte bei dem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Putin für die laufende Militäroperation Russlands in der Ukraine mit folgenden Worten: "Wenn Russland die Handlungen der NATO in der Ukraine nicht gestoppt hätte, dann hätte das Militärbündnis nach einiger Zeit unter dem Vorwand der 'Befreiung der Krim' einen Krieg gegen Russland begonnen."

Neben der Kritik seitens der USA am Teheraner Gipfel erklärte CIA-Chef Bill Burns, "dass Iran und Russland in erster Linie aufeinander zugehen", weil beide Länder angesichts der westlichen Sanktionen "aus der politischen Isolierung" ausbrechen wollen.

Iran und Russland gehen offenbar eine strategische Partnerschaft ein, die auch militärische Aspekte umfasst. Jake Sullivan, der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, sagte vergangene

Woche, Washington habe Informationen darüber, dass Russland von Iran Drohnen erwerben wolle. Burns erklärt nicht, wie Iran als schiitische Regionalmacht in Abhängigkeit von Russland geraten würde, wenn tatsächlich laut den US-Informationen Waffen – unter anderem Kampfdrohnen – an Russland geliefert würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d91641b480cc03b2650358.jpg>

Das religiöse Oberhaupt Irans Ali Chamenei trifft am 19. Juli in Teheran mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen

15:25 de.rt.com: **DVR meldet Vernichtung der kampfstärksten ukrainischen Einheiten**

Die kampfstärksten Verbände der ukrainischen Armee in Donbass sind entweder vernichtet worden oder in Kriegsgefangenschaft geraten. Dies verkündete der stellvertretende Informationsminister der Donezker Volksrepublik Daniil Bessonow. In einer Fernsendung des russischen Perwy kanal sagte er:

"Die wichtigsten kampffähigen ukrainischen Verbände sind in ihrer Masse entweder gefallen oder in Gefangenschaft geraten."

16:50 (15:50) novorosinform.org: **Moskau und Budapest werden die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren – Lawrow**

Trotz der Sanktionen beabsichtigen Russland und Ungarn, die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft zu verstärken. Dies erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow, schreibt RIA Novosti.

„Unsere Zusammenarbeit geht weiter, im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, die durch die Pandemie verursachte Rezession zu überwinden und ein Wachstum von mehr als 25 % unseres Handelsumsatzes zu erzielen“, sagte er.

Seiner Meinung nach haben weder die schwierige internationale Lage noch der Wunsch einiger westlicher Partner, den Sanktionsdruck auf Russland zu erhöhen, das Vertrauen der beiden Länder untergraben.

Zuvor hatte der ungarische Außenminister Peter Szijjártó erklärt, Budapest beabsichtige, die russischen Gaslieferungen zu erhöhen. Seiner Meinung nach muss auch die Sicherheit der ungarischen Energieversorgung diskutiert werden.



https://novorosinform.org/content/images/93/11/49311_720x405.jpg

16:05 de.rt.com: **London kündigt weitere Militärhilfe für Kiew an**

In den kommenden Wochen will Großbritannien Kiew eine weitere Tranche der früher zugesagten Waffenhilfe bereitstellen. Dies berichtete Reuters am Donnerstag unter Berufung auf den britischen Verteidigungsminister Ben Wallace. Dem Bericht zufolge soll die Lieferung Dutzende von Artilleriegeschützen, 1.600 Panzerabwehrwaffen sowie 50.000 Artilleriegranaten umfassen. Dazu kämen Radargeräte zur Batterieabwehr und Hunderte von Drohnen.

Zuvor hatte der britische Premierminister Boris Johnson Anfang Juni ein weiteres Militärhilfepaket in Höhe von einer Milliarde Pfund (knapp 1,2 Milliarden Euro) für die Ukraine angekündigt. Damit erreicht der Gesamtbetrag der Militärhilfe aus London für Kiew seit Ende Februar 2,3 Milliarden Pfund (mehr als 2,7 Milliarden Euro).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d9495db480cc03b26503a1.jpg>

Protestkundgebung gegen den Ukraine-Krieg in London

17:22 (16:22) novorosinform.org: **Die Ukrainer unterstützten die Ersetzung des Wappens der UdSSR auf dem Denkmal "Mutterland" in Kiew**

An der Umfrage nahmen etwa 780.000 Menschen teil.

Mehr als 80% der 780.000 Teilnehmer einer Umfrage, die auf dem ukrainischen Portal der öffentlichen Dienste "Diya" gestartet wurde, unterstützten die Idee, das Wappen der UdSSR zu ersetzen, das sich auf dem Kiewer Denkmal "Mutter Heimat" befindet, sagte der ukrainische Kulturminister Alexandr Tkatschenko.

Er stellte fest, dass „die Zahlen für sich sprechen“ und die Umfrage zu diesem Thema die zweithöchste Beteiligung der Bürger aufwies.

Im Jahr 2019 sagte Anton Drobowsch, Leiter des ukrainischen Instituts für nationales Gedenken, dass das Wappen Teil des Denkmals bleiben werde, da es zu schwierig und zu teuer sei, es abzubauen. Wenn man das Wappen entferne, würde die Statue außerdem weniger stabil.



https://novorosinform.org/content/images/93/16/49316_720x405.jpg

16:30 de.rt.com: **NBC: Moral ausländischer Söldner in der Ukraine sinkt**

Ausländische Söldner, die auf Seiten der Ukraine kämpfen, leiden zunehmend unter sinkender Moral. Dies geht aus einem Bericht hervor, der auf der Webseite des US-amerikanischen Fernsehkanals NBC veröffentlicht wurde. Insbesondere der russische Artilleriebeschuss sorgte für hohe Verluste, so die Meldung. Ein ehemaliger US-Soldat mit Einsatzerfahrung im Nahen Osten beschrieb den Sturm von Sewerodonezk als "etwas, was einer Hölle am Nächsten kam". Der im Artikel ebenfalls zitierte US-Veteran Ripley Rawlings, der gegenwärtig laut NBC die ukrainischen Truppen und Söldner unter anderem mit Zielfernrohren beliefert, erklärte:

"Einige Menschen sind bedrückt, und ihre Moral sinkt. Das ist teilweise auf die Art, wie die Russen kämpfen, zurückzuführen."

Rawlings fügte hinzu, dass etwa die Hälfte der von seiner Organisation belieferten Einheiten schwere Verluste erlitten hätten.

Weitere Faktoren seien ausbleibende Versorgung und mangelhafte Truppenführung, darunter Koordinationsprobleme zwischen verschiedenen Einheiten, so der Artikel weiter.

Die Nachrichtenagentur TASS berichtete indessen unter Verweis auf die ukrainische Fremdenlegion sowie das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin, dass der Zuzug von Söldnern aus dem Ausland in die Ukraine nachgelassen hätte. Zuvor hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums gewarnt, dass ausländische Söldner in der Ukraine nicht als Kombattanten gelten würden und bestenfalls mit hohen Gefängnisstrafen zu rechnen hätten.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 21. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 62 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 4700 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Zwischen Krasnaja Poljana und Rosowka wurde eine Funkrelaisverbindung montiert und die

Inbetriebnahme eines Kommunikationsobjekts vorbereitet. 4G-Basisstationen wurden an Kommunikationsobjekten in Mirnoje, Tscherwonoje, Melekino, Belosarajskaja Kossa, Chlebotarowka, Startschenkowo, Nowokrasnowka, Slatoucstowka, Malojanisol, Perwomajskoje und Komsomolskij in Betrieb genommen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman, Sachanka, Iljitschewskoje, Nowoje, Losowoje, Jazkoje, Rubzy und Olginka durchgeführt. Gasleitungen im Wolodarskij-Bezirk wurden an das Gasversorgungssystem angeschlossen. Zivilschutzkräfte haben mehr als 29 Hektar Territorium untersucht und 265 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja und Luganskoje abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:00 de.rt.com: **Lukaschenko im AFP-Exklusiv-Interview: Ukraine sollte Verlust von Gebieten im Osten und Süden akzeptieren**

Alexander Lukaschenko hat der Agence France-Presse (AFP) ein großes Interview gewährt. Im Gespräch mit Antoine Lambroschini sagte der weißrussische Präsident, dass der Konflikt in der Ukraine von den westlichen Staaten provoziert worden sei. Wenn Russland der NATO nicht zuvorgekommen wäre, hätte das Militärbündnis Russland angegriffen. Mit Blick auf den Westen sagte Lukaschenko dem französischen Journalisten:

"Ihr seid die Ursache des Krieges, und ihr setzt diesen Krieg fort."

Man hätte den Konflikt vermeiden können, wenn die westlichen Länder dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Sicherheitsgarantien gegeben hätten, um die er gebeten hatte – darunter die Rückkehr der NATO in die Grenzen von vor 1997 und der Verzicht auf eine weitere Annäherung mit der Ukraine.

"Warum habt ihr diese Garantien nicht gegeben? Das bedeutet, dass ihr den Krieg gewollt habt."

Lukaschenko brachte seine Meinung zum Ausdruck, dass Russland sein Militärpotenzial in der Ukraine noch nicht vollständig entfaltet habe. Die Regierung in Kiew sollte daher den Verlust der von der russischen Armee eingenommenen Gebiete im Osten und Süden des Landes akzeptieren. Es sei schon zu spät, um über diese Angelegenheit zu verhandeln. Gleichzeitig betonte der weißrussische Staatschef, dass das Ende des Konfliktes zurzeit von der Ukraine abhängt.

"Die Besonderheit des Momentes besteht darin, dass die Kriegshandlungen jetzt zu günstigeren Konditionen für die Ukraine enden können."

Die Regierung in Kiew sollte sich an den Verhandlungstisch setzen und sich dazu verpflichten, nie wieder Russland zu bedrohen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d9639db480cc19130cbaa2.jpg>

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko gibt am 21. Juli 2022 dem AFP-Journalisten Antoine Lambroschini ein exklusives Interview.

17:30 de.rt.com: **Außenminister Lawrow: Russland geht davon aus, dass der Westen die Gefahr von Waffenlieferungen an die Ukraine einsieht**

Russland geht davon aus, dass westliche Länder zu einem gewissen Zeitpunkt verstehen werden, dass eine immer stärkere Belieferung der Ukraine mit Waffen kontraproduktiv und gefährlich ist. Dies verkündete der russische Außenminister Sergei Lawrow nach Angaben von TASS auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó. Lawrow sagte:

"Wir gehen davon aus, dass unsere westlichen Nachbarn zu irgendeinem Zeitpunkt doch noch verstehen, wie absolut kontraproduktiv und gefährlich es ist, der Ukraine moderne Waffen zu liefern, das ukrainische Regime bei der Fortsetzung von bewaffneten Angriffen auf Zivilpersonen und eigene Bürger zu unterstützen."

Russlands Außenminister merkte an, dass die gegenwärtigen diplomatischen Positionen Brüssels und Washingtons von Voreingenommenheit dominiert seien. Er äußerte die Hoffnung, dass "das Leben" den Westen zwingen werde, diese Positionen zu revidieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d9662cb480cc4a594d0c3f.jpg>

Sergei Lawrow beim Treffen mit Péter Szijjártó in Moskau am 21. Juli

abends:

18:00 de.rt.com: **Ukrainische Zentralbank wertet Landeswährung um 25 Prozent ab - Sputnik**

Die ukrainische Zentralbank hat am Donnerstag die Landeswährung Griwna im Vergleich zum US-Dollar um 25 Prozent abgewertet. Dies sei mit Blick auf die veränderte wirtschaftliche Lage in Kriegszeiten und den stärker gewordenen US-Dollar geschehen, begründete die Notenbank den Schritt am Donnerstag. Eine Kursfreigabe werde es jedoch nicht geben. So solle die Inflation weiter kontrolliert und die Stabilität des Finanzsystems sichergestellt werden. Zentralbankchef Kirill Schewtschenko wurde in der entsprechenden Mitteilung mit den Worten zitiert:

"Das ist eine Schlüsselbedingung für ein stabiles Funktionieren der Wirtschaft, was lebenswichtig unter Kriegsbedingungen ist."

Der Wechselkurs der Griwna war kurz nach dem Ausbruch des Krieges Ende Februar von der Zentralbank eingefroren worden.

Die Behörde zieht darüber hinaus die Kapitalverkehrskontrollen an. So können Menschen von ukrainischen Konten nun monatlich nur noch umgerechnet knapp 800 Euro ins Ausland überweisen. Bisher war dieser Betrag dreimal so hoch gewesen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d967c0b480cc4eb064763d.jpg>

18:06 de.rt.com: **Moskau beantragt Schließung der Jewish Agency in Russland – Israel interveniert**

Die Beziehungen zwischen Israel und Russland haben seit dem Ukraine-Krieg einen Tiefpunkt erreicht. Das russische Justizministerium hat nun die Auflösung des Büros der "Jewish Agency for Israel" in Russland beantragt.

Das russische Justizministerium hat die Auflösung des Büros der "Jewish Agency for Israel" in Russland beantragt, berichtet die [Times of Israel](#) unter Berufung auf die Nachrichtenagentur RIA Nowosti am Donnerstagnachmittag.

Die russische Regierung hatte die "Jewish Agency for Israel" vor Kurzem in einem Brief darüber unterrichtet, dass ihre Aktivitäten im Land gegen russisches Recht verstoßen und daher eingestellt werden müssen. Russland beschuldigte die Organisation, illegale Informationen über russische Bürger gesammelt zu haben. In dem Brief heißt es, dass dieses Verhalten gegen russische Gesetze zum Datenschutz verstößt und die Agentur in Russland

dementsprechend geschlossen werden müsse.

Das Außenministerium in Israel soll sich nun im Namen der Jewish Agency in den Streit zwischen der Organisation und der russischen Regierung eingeschaltet haben, sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Quelle am Donnerstag. Dies war der erste derartige direkte Versuch der Regierung in Tel Aviv, seit Moskau der Jewish Agency mit der Einstellung ihrer Aktivitäten in Russland gedroht hatte.

Letzten Monat hatte die Jewish Agency, die für Förderung und Durchführung der jüdischen Auswanderung aus aller Welt nach Israel zuständig ist, einen Brief von den russischen Behörden erhalten, in dem diese der Agentur eine Reihe von Forderungen gestellt und mit rechtlichen Konsequenzen gedroht hatten, falls die jüdische Organisation keine Anpassungen vornehmen wollte.

Obwohl Russland nicht ausdrücklich damit gedroht hatte, die Aktivitäten der Jewish Agency im Land einzustellen, würde die Fähigkeit der Organisation, dort zu operieren, stark eingeschränkt, wenn sie dem Moskauer "Ultimatum" nachkäme, hieß es in der Times of Israel.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Tel Aviv verschlechterten sich im Zuge des Ukraine-Krieges schrittweise, vor allem, nachdem Israel die Sonderoperation Russlands in der Ukraine verurteilt hatte.

Laut dem israelischen Nachrichtensender Walla traf sich der israelische Botschafter in Russland, Alexander Ben Zvi, vergangene Woche mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Michail Bogdanow. Bei dem Treffen bestritt Bogdanow, dass die Schritte gegen die Jewish Agency eine Form diplomatischer Vergeltung seien, nachdem Tel Aviv im Ukraine-Krieg für Kiew Partei ergriffen hatte.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 21.07.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 470 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert, außerdem hat er nicht lenkbare Luftraketen des Kalibers 80mm eingesetzt (ohne Einsatz von Fluggeräten).

Die Gebiete von 15 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden 5 Zivilisten verletzt. 25 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 11 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:19 de.rt.com: Experte: Aufhebung der EU-Sanktionen für russische Banken wäre Fehlerbekenntnis

Die mögliche Freigabe der eingefrorenen Gelder russischer Banken wäre de facto ein Eingeständnis der Fehler Brüssels, meint der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Sapir. Damit würde der Westen seine Verantwortung für die globale Krise endlich eingestehen, so der Experte.

Wie der französische Wissenschaftler und Forschungsleiter der Elite-Hochschule École des hautes études en sciences sociales (EHESS), Jacques Sapir, gegenüber der Nachrichtenagentur TASS am 20. Juli erklärte, werde die mögliche Freigabe eingefrorener Guthaben russischer Banken zur Anerkennung der von Brüssel gemachten Fehler werden. Er betonte:

"Die Entscheidung der EU, Gelder im Besitz russischer Banken freizugeben, wird technisch gesehen zu einer Lockerung der Sanktionen führen."

Wie der Experte meinte, könnte "der genannte Grund, also die Wiederaufnahme des Handels mit Getreide und Düngemitteln", den EU-Beamten "ermöglichen, dies als eine 'humanitäre Maßnahme'" darzustellen, die "zur Vermeidung der Nahrungsmittelkrise erforderlich" sei. Allerdings sei von Anfang an klar gewesen, dass die beispiellosen Sanktionen gegen die russische Wirtschaft und das Bankwesen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben würden, so Sapir:

"Als jedoch die Guthaben der Banken eingefroren wurden, war bereits klar, dass der Handel gefährdet sein würde. Bedeutet dies, dass die EU-Verantwortlichen das Problem erst in den vergangenen Wochen erkannt haben? Wenn ja, dann ist das die Bestätigung einer außergewöhnlichen Inkompetenz."

Sapir ist der Ansicht, dass die Bedeutung der Lieferung russischer Lebens- und Düngemittel in den Nahen Osten und nach Afrika von Anfang an unbestreitbar war. Daher würde die Freigabe der Mittel für solche Lieferungen bedeuten: Man hat "verstanden, dass die Sanktionen in diesem Bereich sowohl aus menschlicher als auch aus politischer Sicht zu katastrophalen Folgen führen, für die alle EU-Länder und die westlichen Länder insgesamt verantwortlich sind".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d91d8548fbef76be0519b3.jpg>

19:30 de.rt.com: **Ukraine: Verkauf von traditionellem Wyschywanka-Hemd mit Drohnen-Muster geplant**

Wyschywanka, das traditionelle ukrainische Hemd, soll bald mit dem Muster der türkischen Drohne Bayraktar in der Ukraine verkauft werden. Dabei sollen 15 Prozent des Gewinns den ukrainischen Truppen zur Verfügung gestellt werden. Dies wurde auf dem Telegram-Kanal der ukrainischen Werchowyna Rada [berichtet](#):

"Jetzt ist Bayraktar auf der ukrainischen Wyschywanka! Die ukrainische Wyschywanka ist unser Amulett. Solche Wyschywankas werden bald zum freien Verkauf angeboten, 15 Prozent des Gewinns werden an die Streitkräfte der Ukraine überwiesen."

Die ersten Besitzer der Wyschywanka mit brandaktuellem Muster waren der Geschäftsführer des türkischen Drohnenherstellers Baykar Makina, Haluk Bayraktar, und dessen Bruder Selçuk Bayraktar, der technische Direktor des Unternehmens.

Anfang 2019 hatte die Ukraine mit dem Kauf türkischer Drohnen begonnen. Die Drohnen können sowohl bei Tag als auch bei Nacht eingesetzt werden und sind mit Laser-Leitsystemen ausgestattet.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/InclDzHmvstzt1p1Xr3WwGMAbGeUtj0b0GdSnhZrBIWo3rfYrUi2pCBeDZU9XQcABgvW6prii7daDg5hhoCmvMubAKndBKwrBVKj3mJUK66q-94wE-rYwxTvjcX8FSmnUY2JUaDzncxVJEbUqe4f2QmHykniBH_UBS5tUq1gS8VcoCxYPegY5v5_9ip0YSLB5gJaKuJq3aVZg_L7sZ2RgiEDInwFthqOytSVqz5L8dTd6_R_8IdnoCL-pavf1-6hR3sYDDYlgnWRLiDJLdrV1QEReDN7qEqU_3vHWVvyotOZuBNHYs023j_UjxqHBim5WX3utf8LroPWTNyLw_0TcA.jpg



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/LHNa9J15oFrFPlj7a18fl4RJYS7OpoWqVAKzH1bzXi5qOt0rWiIW-NpSO9zNAw1xDVmbcenV0NbqH_KgTVXgpzfHOVSBRB13M6fvp4HH9JR4Mqgg_wSsoe ss-1LLKaIfGRs7b87tmhlK-1kh34rCYoELiuQ49bwOtW0wtP-xCfGKhml4HJBP0iTNCjlxIb1m2j-8YcJsZlTcx6dgy-4xTggoAqVlj9EFe0Knl4ikFnpME8rXgRi-IKV5tNFDfszcKXzN1VayM3d4TDPMr4Sxblltoo4wNkrw3A4iWvcWOCx9vnZryDa5fd66xajppVd5f3foAaM9zcUigsCdHcCQ.jpg